

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 29

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa und Region

Eine Literaturrevue zur Regionalismus-Debatte

Eines der erstaunlichsten Ergebnisse der Debatte um die europäische Integration ist das der Rückkehr eines alten Themas: der Frage nach Nation, Region und Identität. Diese Diskussion betrifft alle europäischen Staaten, EU-Mitglieder und Nicht-Mitglieder, und sie nimmt, je nach historischen Voraussetzungen, besondere Färbungen an. Aus der Fülle der Fragen, die sich in diesem Kontext ergeben, nehme ich nur eine heraus, die Regionalismus-Diskussion, die mir insofern wichtig scheint, als sie in letzter Zeit nicht nur in der Schweiz zum Hoffnungsträger eines dritten Weges zwischen Maastricht-Europa und einem nationalen Sonderweg geworden ist.

Die Konjunktur des Begriffs „Regionalismus“ und das Anwachsen regionalistischer Bewegungen verdankt sich zweifellos der Angst vor der Bedrohung durch Zentralisierung und funktionalisierende Modernisierung. Aber man muss sich, wenn man als Gegenbild zu zentralisierten und zentralistischen suprastaatlichen Organisationen ein Europa der Regionen entwirft, mit der Unschärfe und der Ambiguität der Definition von „Region“ auseinandersetzen. In den Beiträgen zu dem von *Wolf Lindner* herausgegebenen Sammelband „Die Wiederkehr der Regionen“ sind eine ganze Reihe von unterschiedlichen Geschichten, Entwicklungen und Bedeutungen von Regionen und Regionalbewegungen auszumachen.

Region kann das Resultat einer Leitbildproduktion, eines Marketinglabelings für eine Wirtschafts- oder Touristikregion sein (vgl. *Dagmar Gaus-*

mann, in: Lindner 1994, 158ff., zur deutschen Stadt Marl); eine solche Identitätsofferte kann aber auch als Ersatz für den wirtschaftlichen Niedergang dienen und die Abwanderung stoppen, wie *Dieter Götze* am Beispiel der spanischen Region Kantabrien zeigt (in: Lindner 1994, 184ff.). Regionalismus kann dem Machtanspruch lokaler Eliten entspringen, was mit historischem Tiefgang am Beispiel der Schweizer Kantone untersucht werden könnte; die Region kann Ersatzfunktion für die fehlende Identifikation mit der übergeordneten Einheit übernehmen, wie etwa die Region in den neuen Bundesländern, die angesichts der Orientierungsprobleme der Ostbürger im BRD-Staat zur Ersatzheimat wird. *Detlev Ipsen* (in: Lindner 1994, 233) verweist auf eine Rede Biedenkopfs, der Sachverhalt lässt sich aber auch aus Umfrageergebnissen bestätigen.

Umgekehrt aber kann sie auch als Stütze und integratives Moment des Nationalstaates dienen, als eine Sozialisationsagentur nationaler Identität sozusagen. Auch dies scheint mir eine der Funktionen der schweizerischen Kantone im 19. Jahrhundert; als nachvollziehender Nationalismus wird diese Form des Regionalismus in einer Studie von *Rüdiger Gans und Detlef Briesen* über das Siegerland im Wilhelminismus vorgestellt (in: Lindner 1994, 64ff.).

Regionalismus kann als ein Baustein nationalistischer Autarkievorstellungen, wie sie der deutsche Faschismus kannte, in eine Hierarchie von Strategien der

Selbstversorgung eingebaut werden; er kann aber auch als Reaktion auf Zentralisierungs- und Modernisierungsbestrebungen entstehen oder sich verfestigen. Als Widerstandsregionen werden Regionalismen und Regionalbewegungen deshalb in den 70er und 80er Jahren von der Linken als Ausgangspunkt demokratischer Bewegungen und eine der Strategien zur Bekämpfung nationaler und internationaler Kapitalmacht entdeckt. So kann Detlev Ipsen feststellen, dass es nur wenige Begriffe gibt, „die zugleich mit rechten wie mit linken, mit progressiven wie konservativen bis hin zu reaktionären politischen Zielvorstellungen assoziiert werden“ (in: Lindner 1994, 233).

Um diese Ambivalenz zu klären, hat Ipsen auf die Theorie der *Raumbilder* zurückgegriffen. Im Prozess der Identitätsfindung, in dem ein Aussenbild zum Innenbild und als eigenes gegen aussen abgegrenzt und schliesslich konventionalisiert wird, sodass es schliesslich sowohl die Aussen- wie die Innenperspektive speist und stärkt, spielen Raumbilder offenbar eine grosse Rolle. *Sandro Guzzi* hat im Europaheft der Zeitschrift *traverse* nach Ronald Frankenberg unterschiedliche Raumvorstellungen verschiedenen politischen und sozialen Interessen und unterschiedlichen Vorstellungen der Organisation von Gesellschaft zugeordnet (*traverse* 1994, 153).

Ipsen sieht dieses Raumbild im Dreieck von *Erscheinungsform des Raums*, *Raumwahrnehmung* und *Entwicklungskonzepten*. Letztere sind also über die Raumbilder mit dem politischen Prozess und der hegemonialen Stellung einer sozialen Gruppe verknüpft. Das gibt ihnen die Kraft von Traditionen, was es erschwert, sie zu zerstören, um neuen Entwicklungskonzepten Raum zu

schaffen. Daraus erklärt sich auch das mögliche Widerstandspotential der Regionen gegen zentral gesteuerte Modernisierungsprozesse. Bedingung der Möglichkeit solchen Widerstandes ist allerdings die Schwächung der hegemonialen Stellung eines Entwicklungskonzeptes.

Wo es der hegemonialen sozialen Gruppe allerdings gelingt, die Kontinuität zwischen traditionellen Raumbildern und neuen Entwicklungskonzepten herzustellen, findet der Regionalismus gar keinen Ansatzpunkt; „personelle und kollektive Identität gehen in der übergeordneten Ebene auf“ (S. 248).

Die Ambivalenz des Regionalismus, von der Ipsen ausging, ist damit in politische Termini rückübersetzt, letztlich auf die einfache Frage, welche soziale Gruppe ihre Sichtweise und Werte wie durchsetzen kann. Der Regionalismus kann daher sowohl als Stütze übergeordneter Entwicklungskonzepte dienen wie als Versuch, sich bei der zentralen Machtverteilung einen Anteil zu sichern. Oder aber der Regionalismus äussert sich in der Abwehr zentral gesteuerter Modernisierungsprozesse; in dieser Form ist er meist Ausdruck einer spezifischen Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie, ist „Abwehr einer funktionalisierenden Modernisierungspolitik und Protest gegen Vernachlässigung“ (S. 250).

Solche Widerstandsidentitäten scheinen aber nach Ipsen nur unter der Bedingung dauerhafter werden zu können, als das hegemoniale Wertesystem an Valenz verliert und sich für kurze Zeit eine plurale Situation verschiedener Entwicklungskonzepte einstellt. Dieser Zustand könne sich allerdings nicht lange halten, da es über kurz oder lang zur Konkurrenz dieser Konzepte und schliesslich zu Formen regressiver oder

aggressiver Identität komme (S. 249). Regionale Inszenierung könne schliesslich den Zwiespalt im inszenierten Miteinander von Tradition und Moderne wieder aufheben. Der Gegensatz ist damit zur Besonderheit des Modernisierungswegs geworden. Ipsen führt als Beispiel Bayern mit seinem Image von Tradition – das Bild der Landkapelle mit Zwiebelturm – und Moderne – die Ballonarchitektur der Satellitenfunkstation von Raisting – an.

Eine ähnliche und wie mir scheint noch effizientere Versöhnungsleistung schafft der schweizerische Föderalismus. Er verhindert von vornherein, dass sich regional artikulierter Widerstand von der übergeordneten Raumeinheit löst, weil die untergeordnete Raumeinheit über die lokale Machtelite immer schon in die übergeordnete Machtebene einbezogen ist. Das föderalistische Modell wäre dann zu begreifen als ein Versuch, zwischen regionalen und zentralen Machteliten einen Machtausgleich und eine Verbindung zu schaffen, die regionale Identität erhält und sie zugleich in der höheren Machtebene aufhebt. Eine Bedingung seiner Existenz ist die Verknüpfung der Traditionen und die Aufhebung regionaler Raumbilder in den übergeordneten.

Daraus erklärt sich einerseits die heftige Ablehnung der traditionellen Föderalisten gegenüber neuen Regionalbewegungen, die sie als Ausdruck eines neuen Individualismus und eines reinen Anspruchsdenken gegenüber dem Staat sehen; so etwa die Waadtländer Föderalisten *Suzette Sandoz* im neuen Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft (*Roberto Bernhard* (Hg.), 1994, 140f.), die jede Zentralisierung mit Maastricht gleichsetzt und die neuen Regionalbewegungen als Produkt der Zentralisierung sieht, weil diese anstelle der souveränen Kantone den „egoistischen In-

dividualismus“ der Regionen setzen.

Die neuen Regionalbewegungen werden bekämpft, weil sie eine Front entlang einer aktuellen Problemsituation aufbauen, die die traditionellen Raumeinheiten übersteigen. Andererseits sind auch die neuen Regionalbewegungen auf das Potential traditioneller Raumeinheiten angewiesen und können sich in zentralistischen Staaten nur im Muster des Zentrum-Peripherie-Konflikts artikulieren; in föderalistischen Staaten ist ihr Abwehrkampf notwendig föderalistisch überlagert und dient daher nicht dem Aufbau von Gegenmacht, sondern der Restituierung traditioneller Machtverteilung.

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass Schweizer Föderalisten die europäische Integration nicht nur ablehnen, sondern auch nach Wegen suchen, das föderalistische Gleichgewicht der Schweiz in die europäische Union zu integrieren. Eine Verbindung dieses föderalistischen Kantonalismus zu Europa stellt *Michel Haldy* her, wenn er fordert, die Öffnung nach Europa, die man der jungen Generation nicht vorenthalten könne, wäre mit weniger Konflikten möglich, wenn man die Rolle der Kantone stärken würde durch Wiederaufnahme von Art. 21 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung aus der EWR-Abstimmung (Beizug der Kantone zu den internationalen Verhandlungen, vgl. *Roberto Bernhard* (Hg.), 1994, 71).

Allerdings ist damit das letzte Wort über Regionen nicht gesprochen, denn Regionen erweisen sich letztlich auch als ausgesprochen wandelbar. Ipsen hat etwa die Vermutung ausgesprochen, dass viele der später hegemonialen Entwicklungskonzepte ursprünglich regional waren (S. 249). Es ginge dabei um die aggressive Variante regionaler Iden-

tität, die sich aus der Raumeinheit Region hinausbewegt und selber eine neue Bestimmungsmacht über regionale Identität aufbaut.

Interessant für das Thema eines „Europa der Regionen“ ist die Art der Verknüpfung von regionalem und übergeordnetem Bewusstsein. Prinzipiell gibt es hier die zwei Theorien des „bottom up“ und des „top down“, das heisst des Aufbaus von Identität in Stufenfolge von unten nach oben und des Aufbaus von oben nach unten, sodass die höhere Stufe der niederen vorausgeht und sie bestimmt. Eine historische Illustration dieses Top-down-Modells geben *Gans/Briefsen* (in: Lindner 1994, 64) am Beispiel des Regionalismus im Siegerland, der als Anpassungsleistung an das hegemoniale Konzept Nation fungiert (vgl. S. 67 und v.a. S. 74).

Unbefriedigend an diesem Modell ist, dass es die höhere Stufe bereits voraussetzt und die Region nur noch als passiven Rezipienten konzipiert und nicht mehr untersucht, unter welchen Bedingungen die Region zum Integrationsmechanismus wird und unter welchen zum Widerstandsnest. Anregend hingegen ist die Beobachtung, dass die Veränderung der übergeordneten Räume, etwa bei der Entstehung der Nationalstaaten, auch die Regionen verändert.

So stellt etwa *Ruedi Eppe-Gass* fest, wie in der Region Basel der Zukunftsraum Europa in Ansätzen ein neues grenzüberschreitendes Regionalbewusstsein geschaffen habe, das sich bereits historische Traditionen anzueignen versucht (vgl. traverse, 1994, S. 104). Dieser Zukunftsraum Europa stösst auf eine ökologische Kritik, die sich ebenfalls grenzüberschreitend organisiert hat, die aber die Bedingungen grenzüberschreitender Entwicklung ablehnen muss, um „ein ökologisch angepasstes Dreieckland“ zu erhalten.

Paradoxerweise errichtet die ökologische Bewegung dabei die Grenzen, die sie überschritten hat, neu, um die regionale Vielfalt zu erhalten (traverse, S. 105).

Sandro Guzzi hat erforscht, wie der Konflikt zwischen der Beibehaltung kleiner lokaler Räume und der Integration in einen grösseren vereinheitlichten Raum im Konflikt zwischen den Konservativen der Zeit der Helvetischen Revolution und der Patrioten sich in einem gewissen Sinne historisch in der Ablehnung der EU und der Befürwortung der europäischen Integration wiederholt. Er kann auch aufzeigen, dass sich dieselben Regionen im wesentlichen heute gleich verhalten wie damals und dass die Interessen und Werte, die damit verknüpft waren, zwischen damals und heute Ähnlichkeiten aufweisen. Der Widerstand gegen die neue Republik wie gegen die EU artikulierte und artikuliert sich im Namen der Freiheit, als Kritik des Zentralismus und der unnötigen Bürokratie, als Kritik des homogenisierten Wirtschaftssystems und als Verteidigung der Religion, heute der nationalen Werte (traverse, S. 155), während die Liberalisierung und der Einbezug in das Bürgerrecht, heute zusätzlich das Erlangen weiterer sozialer Rechte, Motiv für die Integrationsbefürworter war und ist.

Zur Zeit der Helvetik scheiterte bekanntlich eine Integration im Sinne eines höheren nationalen Zusammenhalts, so wie heute vorläufig die Integration der Schweiz in die EU gescheitert ist. Das ist nun aber nicht nur auf reaktionäre Halsstarrigkeit der Integrationsgegner zurückzuführen, sondern ebenso sehr auf die Halsstarrigkeit des Zentrums, die Interessen der kleinen Räume wahrzunehmen und die Abwehr der Integration als Bedürfnis der Selbstbestimmung über den unmittelbar erleb-

ten Raum anzuerkennen. Vielleicht ginge es auch im Europa der Regionen um die Anerkennung solcher Selbstbestimmungsräume, oder, in den Termini Ippens, um die Aufnahme von traditionellen Raumvorstellungen in eine übergeordnete Einheit, die von einem neuen Entwicklungskonzept dominiert ist, das diese Selbstbestimmungsräume als Lebensräume wirklich gestattet.

Ruedi Graf

Literatur

- Lindner, Rolf, (Hg.) 1994: Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität. Frankfurt/M., New York. *traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1994: Die Schweiz und ihr Europa – Nation, Region, Identität, Heft 3, Zürich.
- Bernhard, Roberto (Hg.) 1994: Die Schweiz als Wille und Vorstellung. Beiträge zu einem Dauerthema. Jahrbuch 1994/95 der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Aarau, Frankfurt/M., Salzburg.

Europakonzepte der Neuen Rechten und Rechtsextremen

Wenn eine Reihe rechtsextremer Periodika seit Jahren und Jahrzehnten „Europa“ im Titel führt – wie „Nation und Europa“, „Europa vorn“, Europa. Nationaleuropäisches Forum“, „Europa. Berichte zur Zeitenwende“ – so kann das als Programm verstanden werden. Aus einem geographischen Begriff wird ein politischer. Als Kampfbegriff in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wird er je nach der Position innerhalb der Rechten mit verschiedenen Bedeutungen aufgeladen: Als „Abendland“ wird er vom konservativen Flügel angerufen, als „Deutsches Reich“ vom deutschnationalen, und die dazwischen liegende neurechte Intelligenz strapaziert „Europa“ als zu befreiende „Kolonie raumfremder Mächte“.

Im Gegensatz zur etatistischen alten Rechten, die in ihrem wütenden Antikommunismus und Revanchismus zu Zeiten des Kalten Krieges immer wieder Bündnisse mit der westlich orientierten politischen Mitte eingehen konnte, wurde in der „europäischen“ Fraktion die Position des sogenannten Neutralismus eingenommen, wie sie sich aktuell in der Agitation gegen die „Westbindung“ äussert. Die Neue Rechte, jene Strömung im völkischen Netzwerk, die

– ausgehend von Frankreich – versucht, den Faschismus zu entthronen, wandte sich jetzt mit der gleichen Vehemenz auch gegen die USA.

Die strategische Bezugnahme auf „Europa“ im neofaschistischen Projekt knüpft bruchlos an die Nazi-Propaganda von der SS als „Vorkämpfer für das vereinte Europa“ und der deutschen Aggression als „Kampf für die Freiheit Europas“ (Jörg Haider) an. Überhaupt ist der Neofaschismus nur als „europäischer“ vollständig zu erfassen: Spätestens mit der sich abzeichnenden Niederlage des zwölfjährigen Reiches setzten sich jene Ideologen aus dem Dunstkreis der SS durch, die vom aggressiven, offenen Deutschnationalismus abrückten und an die übergeordneten Interessen der Europäer appellierten. In rassistischen Diskursen schlug sich das insofern nieder, als dass weniger vom „Arier“ die Rede war, sondern mehr vom „Europiden“ (vgl. Bartsch 1975, 45). 1951 gilt hier als Jahr der Weichenstellungen: In Malmö versammelte sich die faschistische Elite Europas, um die „Europäische Soziale Bewegung“ ins Leben zu rufen.

In der BRD gründete der vormalige SS-„Sturmbannführer“ und oberste

„Bandenbekämpfer“ Hitlers, Arthur Erhardt, die bis heute erscheinende, zentrale Zeitschrift „Nation und Europa. Monatsschrift im Dienst der europäischen Neuordnung“. In seinem mit „Die Idee wird siegen“ übertitelten „Politischen Testament“ meint Erhardt, eine „europäische Grossnation“ um die natürliche Führungsmacht Deutschland – notwendig aufgrund einer „blutmässig bedingten weitgehenden Wesensgleichheit unserer Völker“ – sei 1945 im Kampf der „europäischen Kameraden, der französischen Legion im Kampf um Berlin und der nordischen, flämischen, osteuropäischen SS-Kameraden an allen Fronten (...) mit Blut getauft“ worden (Erhardt zit. bei Feit 1987, 184).

Hinter diesem Europa-Konzept steht jener befreiungsnationalistische Ansatz, der meint, der Kontinent sei sowohl in militärischer als auch in ideologischer Hinsicht kolonialisiert (vgl. Feit 1987, 125ff). Und zwar seit 1945, als eine „Linie (...) von Nichteuropäern quer durch unseren Kontinent gezogen wurde“ (Otto von Habsburg 1989, 113); als – wie der geschickt taktierende Fini der („post“-)faschistischen „alleanza nazionale“ in Italien zum 50. Jahrestag der Landung der Alliierten in Frankreich meinte – die „kulturelle Identität Europas“ verloren gegangen sei.

Die neuheidnische Abteilung der Neuen Rechten hingegen setzt den Zeitpunkt für die „Kolonisation der europäischen Mentalität“ (Ulbrich 1991, 336) schon mit der Christianisierung fest. Sie beginnt hier mit der Herrschaft des Monotheismus, auf dessen semitische Wurzeln zu verweisen die neuheidnische Rechte nicht müde wird. Mit dem „Judäo-Christentum“ habe sich die Auffassung der Gleichheit aller Menschen breit gemacht, um dann in der Aufklärung bzw. im „Marxismus“ ihren Höhepunkt und Abschluss zu fin-

den.

Diesen „entfremdeten“ Ideen setzt die Neue Rechte nun ein „wahrhaftes Europäertum“ entgegen. Bei der geistigen Emanzipation Europas, der „Wiedereinführung des europäischen Heidentums“ (Krebs 1988, 337), kommt – wenig überraschend – Grossdeutschland ein zentraler Stellenwert zu: Die ersehnte unabhängige „Nation Europa“ habe bei ihren germanischen Ursprüngen anzuknüpfen, liege doch in der vorchristlichen Blut- und Bodenreligion das durchzusetzende Abstammungs- bzw. Identitätsprinzip begründet. Diese neofaschistische Ideologie einer „Nation Europa“, die sich zur dritten Weltmacht aufschwingt, geht auf die britische Szenegrösse Sir Oswald Mosley zurück, der sich damit 1948 an die Reorganisation der braunen Internationalen machte (vgl. Bartsch 1975, 86). Die Neue Rechte, deren Nationalismus nicht mehr auf den Staat abzielt, bekämpft die EU à la Maastricht als westliche „uneuropäische“ Form der Integration. Während Schönhuber, Le Pen und zum Teil Haider auf Maastricht noch mit einem „Europa der Vaterländer“ antworten, bemühen andere die „Regionen“ und/oder das „Reich“.

Ein gewisser Regionalismus setzt der EU als „Brechtreiz-Einheitsbrei“ und „McDonald-Paradies“ (Günther Nanning) eine unmittelbare Heimeligkeit entgegen. Der aufstrebende FPÖ-Vordenker mit Wehrsportvergangenheit in der neosozialistischen „Nationalen Front“, Jürgen Hatzenbichler, schwärmt: „Das Europa der Regionen bedeutet Verwurzelung in der Heimat.“ (Identität 1/91; 8) Wenn in einem „Europa im Umbruch“ die Grenzen neu zu ziehen sind, ist die Neue Rechte zunächst mit regionalistischen Parolen bei der Hand. Mit diesen soll es dem „Pseudo-Nationalstaat“, der nicht vermochte, „alle Ange-

hörigen eines Volkes in einem Staat zu vereinen“ (Hatzenbichler in: Wir selbst 2/91, 16) an den Kragen gehen. Doch bleibt der „Regionalismus“ jene Form des völkischen Nationalismus, mit dem bewusst an alternativ-ökologische Diskurse angeschlossen wird, nicht bei der Denunziation der „Pseudo-Nationalstaaten“ stehen. Vielmehr soll er als Nationalismus an der Basis im Prozess der Formation einer „Nation Europa“ aufgehen.

Als eine der wenigen formulierten Alternativen zur gegenwärtigen europäischen Integration, die von der Neuen Rechten ja grundsätzlich befürwortet wird, präsentieren diese das Vorbild des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“. Ihr neues „Reich“ bleibt als rückwärts gewandte Utopie, aber äusserst vage. Es wird kaum als politisch-institutionelles System präzisiert, sondern als Stimmung angerufen. Der Sozialphilosoph Peter Koslowski fragt sich da beispielsweise, wo „wir Bürger der Europäischen Union (...) unser Vaterland mit der Seele suchen (können)“ (Kommune 3/95, 46). Auf seiner Suche stösst er auf das „Reich“ als „Restauration des vernationalstaatlichen Europas“, das eben auch ein vordemokratisches im Sinne der bürgerlichen Revolution ist. Diese Vorstufe zur „Nation Europa“ sei somit „kein Staat, in dem sich das Staatsvolk zu allem souverän ermächtigt“, sondern ein „göttlicher Auftrag, (...) das Gemeinwohl der europäischen Völker zu sichern“. An derartige Reichsschwärmereien dachte auch der deutsche Neonazi-Führer Michael Kühnen, als er mahnte: „Wer vom Reich sprechen will, der darf vom Preussentum und Nationalsozialismus nicht schweigen.“ (Staatsbriefe 7/90, 36)

Konkreter werden die Kameraden jedoch bei der Diagnose des Status quo:

„Die Zeit ist reif“, heisst es etwa beim „Nation und Europa“-Chefredakteur Karl Richter, „für eine grundlegende Umorientierung der europäischen Völker – weg vom raumfremden, überstaatlichen Weltpolizisten, hin zu einer neuen kontinentalen Grossraumordnung, die europäischen Interessen endlich Vorrang einräumt und Europa wieder in den Rang einer souverän handelnden Grösse erhebt.“ (Nation und Europa 1/92, 3) Dass Europa hier Deutschland meint, zeigt schon die geistige Urheber-schaft dieser Forderungen: Carl Schmitt formulierte bereits 1939 eine „Völkerrechtliche Grossraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ als Monroe-Doktrin des deutschen Faschismus.

Vor 1989 operierte die Neue Rechte in ihren Anstrengungen, die Grenzen Europas neu zu zeichnen, mit den Konzepten des Regionalismus und Ethnopluralismus. In der wiedererlangten Position der Stärke Deutschlands wird nun die sogenannte Geopolitik erneut relevant. Lanciert wurde dieses Konzept von den Weimarer Rechten um den Münchner Geographen Haushofer, der verlangte, „Mitteleuropa“ solle als „Deutsches Reich“ gemeinsam mit Asien und Russland gegen die westlichen Mächte antreten (vgl. von Goldenach/Minow 1994, 114f). Der belastete Begriff „Mitteleuropa“, mit dem Deutschland in den Grenzen von 1939 und die von Deutschen kolonialisierten und ehemals von Berlin bzw. Wien regierten Länder gemeint sind, taucht ab den 70er Jahren wieder in der Agitation von deutsch-österreichischen Revanchisten und Rechten aller Schattierungen auf (vgl. Schobert/Papke 1994, 297ff).

Die Geopolitik erfuhr ihre massgebliche Wiederaufbereitung durch den österreichischen General a.D. Jordis von Lohausen. In seinem schon 1980 er-

schienernen Machwerk „Mut zur Macht. Denken in Kontinenten“ beschreibt er, wie Völker, Länder bzw. Grossräume durch ihre Lage zum aussenpolitischen Handeln quasi gezwungen werden. Dies meint die – von der neuen alten „Mittellage“ abgeleitete – Verantwortung Deutschlands für „Europa“. Bei Otto v. Habsburg liest sich diese Verobjektivierung imperialistischer Interessen in der Geopolitik – hier in der österreichischen Version – beispielsweise wie folgt: „Durch Jahrhunderte war Wien das Herz des Erdteils. In der Europäischen Gemeinschaft wird Österreich wieder zu seiner historischen Mission finden.“ (von Habsburg 1989, 155) Der österreichische Kaiser-Spross und CSU-Europaparlamentarier Otto v. Habsburg ist zwar weniger der Neuen Rechten zuzurechnen, erfüllt jedoch für diese eine wichtige Brückenfunktion unter Konservativen. Insbesondere als Präsident der 1947 reanimierten „Pan-europa-Union“ hält er den Reichs-Mythos am Leben und kämpft für einen hegemonialen deutschen Block in einem „vereinten Europa“.

Wie sehr die geopolitischen Versatzstücke mittlerweile zum Repertoire der politischen und ökonomischen Eliten auch in Österreich gehören, zeigt sich in den zahllosen Äusserungen zum selbstverschriebenen Auftrag in „Mitteleuropa“. Jetzt, da die politische und ökonomische Desintegration Osteuropas unter massgeblicher Beteiligung österreichischer Aussenpolitik mehr oder weniger abgeschlossen ist, schwingt man sich zur „natürlichen“ regionalen Vor-

macht auf. Diejenigen, die neue Kolonien nun erschliessen wollen, treffen sich heute auch in Österreich mit den Vordenkern der Neuen Rechten: So war nicht nur der Ex-Industriellenchef Krejci ständiger Mitarbeiter von „Mut“, einem deutschen Theorieorgan aus der rechtsintellektuellen Szene zwischen Neofaschismus und -konservatismus.

Auch sein Nachfolger als Generalsekretär der „Vereinigung Österreichischer Industrieller“, Franz Ceska personalisiert, eine Option, welche fürs Kapital immer noch offen ist. Ceska, der bei fast keinem festlichen Haider-Auftritt fehlen darf, macht sich im „Jahrbuch für politische Erneuerung 1994“ um die „Zukunft des Industriestandortes Österreich“ Sorgen. In diesem FPÖ-Sammelband politischen Denkens rechts der Mitte schreibt u.a. der deutsche Jungstar des salonfähigen Rechtsextremismus, Karlheinz Weissmann, über „Raum und Geschichte. Anmerkungen zur Renaissance der Geopolitik in Deutschland“. Auch im „Manifest der konservativen Intelligenz“, dem Sammelband „Die selbstbewusste Nation“ (Schwilk/Schacht, 1994), wird Haushofers Geopolitik enttabuisiert und aktualisiert. So schreibt etwa Karl-Eckhard Hahn: „Daran, ob es gelingt dieses Ziel – die im deutschen Interesse liegende Erweiterung der EU – umzusetzen, wird sich zeigen, ob das grössere Deutschland mit seinen geopolitischen Interessen in der Gemeinschaft den nötigen Entfaltungsraum findet.“ (1994, 341)

Heribert Schiedel

Literatur

Bartsch, Günther, 1975: Revolution von Rechts? Freiburg.
 Feit, Margret, 1987: Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik. Frankfurt/New York.

Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara, 1994: Europas braune Saat. Die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene. München.

- Goldenach, Walter v./Minow, Hans-Rüdiger, 1994: „Deutschtum erwache!“ Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus. Berlin.
- Hahn, Karl-Eckhard, 1994: Westbindung und Interessenlage. Über die Renaissance der Geopolitik. In: H. Schwilk/U. Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. Berlin.
- Habsburg, Otto v., 1989: Macht jenseits des Marktes – Europa 1992. Wien.
- Kosłowski, Peter, 1995: Vaterland Europa? Über eine neue europäische Reichsidee. In: Kommune, Heft 3, Frankfurt.
- Krebs, Pierre, 1988: Bilanz eines siebenjährigen metapolitischen Kampfes. In: Ders., (Hg.): Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit. Struckum.
- Oswalt, Walter, 1991: Die FPÖ – ein Modell für Europa? In: M. Kirfel/W. Oswalt (Hg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Wien.
- Purtscheller, Wolfgang, 1993: Aufbruch des Völkischen. Das braune Netzwerk. Wien.
- Ders., (Hg.), 1994: Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich. Wien.
- Schobert, Alfred/Papke, Ronald, 1994: Ab durch die Mitte. Der Mitteleuropa-Gedanke in der ‚Jungen Freiheit‘. In: H. Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der ‚Jungen Freiheit‘. DISS/Duisburg.
- Ulbrich, Stefan, 1991: Verdammt viele Thesen. In: Ders. (Hg.): Multikultopia. Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft. Vilsbiburg.

Europastrategien des deutschen Kapitals

1994 erschien in zweiter Auflage die Dokumentensammlung „Europastrategien des deutschen Kapitals“ von *Reinhard Opitz*. Erstmals war sie 1977 veröffentlicht worden; Opitz ist 1986 verstorben.

Die Neu-Edition wirkt aktuell angesichts gegenwärtiger Diskussionen über eine mögliche neu-alte Position Deutschlands nach der Wiedervereinigung. Das angreifende staats- und völkerrechtliche Subjekt zweier Weltkriege scheint wiederhergestellt. Also liegt es nahe, seine einstigen Expansionsziele kennenlernen zu wollen.

Opitz' Dokumentation greift in das 19. Jahrhundert zurück. Sie beginnt mit Friedrich List, dem Theoretiker der Schutzzollpolitik und einer Vereinigung des damals in 37 souveräne Fürstentümer und vier Freie Städte geteilten Gebiets des Deutschen Bundes. Bei ihm auch findet sich schon die Idee „einer engeren Vereinigung des europäischen Continents“ unter deutscher Hegemonie.

Diese eigentümliche Maßlosigkeit von Anfang an hat ihre Ursache viel-

leicht darin, daß wir hier zunächst entstehendes Kapital ohne Nationalstaat am Werk sehen. (Daß dieser, gibt es ihn endlich, ein besonders schlagkräftiges Instrument von Unternehmer-Interessen ist, steht auf einem anderen Blatt und wird gerade in Opitz' Buch für das 20. Jahrhundert breit belegt.) Die deutschen Territorialfürstentümer – zumindest die leistungsfähigsten unter ihnen, vor allem Preußen und Österreich – hatten im 17. und 18. Jahrhundert im Rahmen des Merkantilismus zwar durchaus „wirtschafts“-fördernd gewirkt, doch nunmehr drohten sie für die inzwischen in Gang gekommene Akkumulation zu einer Fessel zu werden. Das Kapital mußte sich seinen Staat erst zusammenschieben, und dies gelang ihm mit Hilfe Preußens.

Doch seine Dynamik zielte zugleich auch wieder über das 1871 gegründete kleindeutsche – Österreich ausschließende – Reich hinaus. Ursache der nunmehr weiterwirkenden Expansionstendenzen ist in Opitz' Dokumentation das sich nunmehr herausbildende Monopol-

kapital, in dem sich seit der Jahrhundertwende zwei Gruppenscheiden. Diese bestimmen die Expansionsziele-Diskussion schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Die Montanindustrie, deren Interessen u.a. vom „Aldeutschen Verband“ artikuliert wurden, strebte nach den Kohlen- und Erzlagern Ostfrankreichs. Dagegen zielten die Elektroindustrie (AEG, Bosch), die Chemiebranche und die Deutsche Bank auf eine Ausdehnung in Richtung Orient, vor allem wegen der Ölvorkommen am Schwarzen Meer und im Nahen Osten.

Einig waren sich beide im Streben nach Kolonien und Gebietsabtretungen Rußlands. Die „neuindustrielle“ Richtung (Chemie, Elektro) vertrat zugleich – ergänzend, nicht alternativ zu den Annexionsplänen – ein Konzept deutscher Hegemonie in einem zu errichtenden „Mitteleuropa“. Sie versuchte für ihre Strategie eine Massenbasis durch Einbeziehung des rechten Flügels der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu gewinnen. Die Ideen für eine „sozialliberale“ Integration hatte bereits im 19. Jahrhundert der konservative Theoretiker Lorenz von Stein (1815-1890) formuliert.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg haben die beiden deutschen Monopolrichtungen ihre Ziele nicht aufgegeben. Gustav Stresemann, vorher ein Propagandist des in erster Linie annexionistischen Flügels, wurde nun „sozialliberal“; er setzte zwar auf Ausgleich mit Frankreich, zugleich aber auf Expansion im Osten, unter anderem mit Minderheitsrechts-Kampagnen für das „Grenz- und Auslandsdeutschtum“. Die Mitteleuropa-Pläne wurden weiter betrieben und die Bemühungen um Koalitionen mit der Sozialdemokratie fortgesetzt. Agrarier und Schwerindustrie dagegen suchten den Durchbruch gegen das System von Versailles. Aber es

waren die „neuen“ Industrien, die schließlich den Ausschlag für Hitler gaben: Als sie in der Weltwirtschaftskrise erkennen mußten, daß die Sozialdemokratie für die Unterstützung ihrer außenpolitischen Ambitionen nicht vollständig zuverlässig sein wird, setzten sie nunmehr auf die NSDAP als Massenbasis.

Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs dokumentiert Opitz eine Fülle von Kriegszielen der beiden nunmehr vereint operierenden Monopol-Richtungen. Mit der sich abzeichnenden Niederlage tritt die alte „Westorientierung“ wieder hervor – spätestens im Umkreis des 20. Juli 1944, zum Beispiel bei Goerdeler; nach Osten hin sollten die Expansionsziele beibehalten und mit neuen Partnern (Großbritannien, Frankreich, USA) durchgesetzt werden. Den Abschluß des Bandes bildet eine „Überleitung zur Geschichte der Bundesrepublik“. Dieses Kapitel enthält Auszüge aus Toni Stolpers und Reinhold Maiers Berichten über die Hoover-Mission 1947 und aus Gustav Stolpers Buch „German Realities“. Eine Weichenstellung wird sichtbar: Die Westzonen stellen sich in dem sich anbahnenden Kalten Krieg auf die Seite der USA; dies ist die Chance zur Vermeidung des Sozialismus und zu späterem Wiederaufstieg.

Mutmaßungen über die Jahrzehnte nach 1945

Der 1070 Seiten starke Band besteht fast nur aus Dokumenten. Einleitung und Anmerkungen sind kompakt, aber knapp. Doch auch hier gilt, daß die Quellen nicht von allein reden. Sie bilden ein vom Herausgeber komponiertes Ensemble. Die leitende Idee erschließt sich leichter, wenn man die Grundzüge von Opitz' Gesellschaftstheorie kennt. Sie sind unter anderem in seinen Bü-

chern „Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933“ und „Faschismus und Neofaschismus“ sowie in zahlreichen Aufsätzen niedergelegt. Besonderes Interesse verdient sein umfangreicher Nachlaß, der in vier Bänden herausgegeben werden soll. Der erste Band wird im Herbst 1995 im Junius-Verlag erscheinen.

Opitz plante u.a. einen Fortsetzungsband über die Europastrategien des deutschen Kapitals in der Bundesrepublik. Dazu ist er nicht mehr gekommen. Doch aus der Gesamtheit seiner Arbeiten zur aktuellen Politik läßt sich ablesen, daß nach 1945 seiner Meinung nach nur noch die „sozialliberale“ Variante eine Chance hatte: Bündnis mit dem Westen, Frontstellung gegen den sozialistischen Osten, Einflußwahrung und -ausdehnung durch die Verwirklichung des alten „Mitteleuropa“-Konzepts. Die Massenbasis dafür sollte durch die Fortsetzung einer reformerischen Integrationspolitik, wie sie die „neuen Industrien“ bereits vor 1933 angestrebt hatten, gewonnen werden. Insofern war für Opitz die Bundesrepublik schon vor 1969 „sozialliberal“: Nicht nur die SPD vertrat diese Politikvariante, sondern auch Adenauer.

Nicht erst mit der Wiedervereinigung zeigte sich, daß die Neuorientierung der deutschen Kapitalstrategien, die bald nach 1945 vorgenommen worden war, erfolgreich gewesen ist. Über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus war insofern Kontinuität gewahrt worden, als die Mitteleuropa-Pläne weiterverfolgt werden konnten. Die Dominanz auf dem Kontinent mußte entweder mit Frankreich geteilt oder doch auf jeden Fall in Rücksicht auf diesen Partner wahrgenommen werden. Mit dieser Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften zeichnete sich dies schon seit den fünfziger Jahren ab.

Die Bundesrepublik war in Europa

dominant, noch ehe es zur Wiedervereinigung kam. Auch nach dem außenpolitischen Richtungsstreit, der gegenwärtig in der BRD stattfindet (vgl. u.a. Huffschnid 1994), wird feststehen, daß das bisherige Konzept – Herrschaft durch Integration in supranationale Strukturen – zu erfolgreich war, als daß es zugunsten neuer Alleingänge aufgegeben würde.

Kontinuität zur Zeit vor 1945 stellt sich deshalb ausschließlich über die ehemalige „neuindustrielle“ Variante her. In seinem Buch „Wem gehört Europa?“ hat dies auch *Jörg Huffschnid* festgestellt, und dies in explizitem Bezug auf Opitz' Überlegungen. Aber: „Das organisierende Zentrum der gesamteuropäischen Formation ist nicht Deutschland allein, sondern eine kleineuropäische Koalition von Deutschland und Frankreich.“ (Huffschnid 1994 1, 171) Diese Differenz entstand aber nicht erst 1990, sondern bald nach 1945. Ein entscheidender Unterschied besteht auch darin, daß das neuerdings wieder stärker hervortretende militärische Moment nicht mehr im Zusammenhang mit Expansionsabsichten gesehen werden muß (ebd.). Tatsächlich geht es heute nicht darum, Rohstoff-Ressourcen zu erobern: Das deutsche Kapital sucht nicht zusätzlichen Raum, sondern weltweite Investitionsmöglichkeiten. Dies aber ist keine nationale Besonderheit mehr. Die Internationalisierung der Produktion könnte – worauf *Robert. B. Reich* hinwies – nicht in erster Linie zu einer Konkurrenz um Profit, sondern um Arbeitsplätze führen. Zur Bearbeitung sozialer Segmentierungen (sofern sie unerwünscht sind) werden gegenwärtig vor allem „kommunitarische“ Konzepte angeboten.

In der Darstellung von Reinhard Opitz war das Monopolkapital die treibende Kraft. Allen Auffassungen von einer

etwaigen Verselbständigung des Politischen im Faschismus hat er widersprochen. Die Urheber der Dokumente, die er in seinem Band wiedergibt, waren aber nur zum kleineren Teil fungierende Kapitalisten, zumeist handelte es sich um Publizisten und Professoren. Auch Politiker finden sich darunter. Es bietet sich an, neben dem Großkapital eine zweite Komponente sichtbar zu machen, die über dieses hinausgeht, aber eng mit ihm verbunden ist: Die Bourgeoisie als auch soziokulturell wirksame Schicht, insbesondere ihre Ideologen. Auch hier besteht Kontinuität. Dies wird in dem Band „Modelle für ein deutsches Europa“ von *Horst Kahrs, Ahlrich Meyer, Michael G. Esch, Ulrich Kimpel* und *Christoph Dieckmann* sichtbar. Er behandelt die „Großraumpolitik“ des deutschen Faschismus, also eine Variante, die Opitz wohl eher der montanindustriellen und agrarischen Richtung zugerechnet hätte. Bei ihrer Formulierung sehen wir akademische und institutionelle Eliten am Werk, denen es nach 1945 keine Schwierigkeiten machte, die Westwendung mitzuvollziehen und an der Spitze zu bleiben. Große Namen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften werden genannt: Andreas Predöhl, Walter G. Hoffmann, Helmut Meinhold, das Kieler Institut für Weltwirtschaft und das Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv.

Die Kontinuität der Akteure hat nichts mit Opportunismus, aber auch nichts mit einer in ihr symbolisierten fortdauernden aktuellen Faschismus-Gefahr zu tun. Sie zeigt nur, daß Hitlers – angebliches oder tatsächliches – Scheitern mit dem Erfolg älterer und ihn überdauernder „Europastrategien des deutschen Kapitals“, die er exzessiv zu realisieren versuchte, kompatibel war, er insofern also durch andere, die im gleichen Sinne erfolgreicher wirkten, ersetzbar ge-

wesen ist bzw. von ihnen politisch überlebt werden konnte. Es handelt sich um ein Ensemble, aus dem er verschwand, ohne daß die Musik zu spielen aufgehört hätte. Dies ist das Ernst-Jünger-Motiv in der Geschichte der deutschen Bourgeoisie im zwanzigsten Jahrhundert.

Außer Betracht blieb in dem hier behandelten Zusammenhang die Frage, ob es auch Europa-Strategien des französischen, britischen, US-amerikanischen Kapitals gab und wie diese sich zu den deutschen verhielten. Im Umkreis von München 1938 zeigte sich die Perspektive einer antikomunistischen Konvergenz. 1939 erlosch diese Möglichkeit vorerst. Sie wurde 1947 wieder virulent, und nur durch diese Übereinstimmung wurde der 8. Mai 1945 auf lange Sicht obsolet. Das heißt: Ohne antikomunistische Entsprechung in den bürgerlichen Demokratien des Westens wäre der schließliche Erfolg der Europa-Strategien des deutschen Kapitals nicht möglich gewesen.

Georg Fülberth

Literatur

- Huffs Schmid, Jörg, 1994: Konzentration aufs Kerngeschäft. Hartes Geld und starke Armee. In: Blätter f. deutsche u. internationale Politik. Heft 11, Bonn.
- Huffs Schmid, Jörg, 1994: Wem gehört Europa? Wirtschaftspolitik und Kapitalstrategien. 2 Bde. Heilbronn
- Kahrs, Horst/Ahlrich Meyer, Michael G. Esch/Ulrich Kimpel und Christoph Dieckmann 1991: Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin
- Opitz, Reinhard (Hrsg.), 1994: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. 2. Aufl., Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH, Bonn
- Reich, Robert B., 1993: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt/Main und Berlin

Hans Baumann: Von nationalstaatlichen zu europäischen Arbeits- und Sozialbeziehungen? Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Dimension in Europa nach Maastricht: Das Beispiel der Bauwirtschaft. Basler Schriften zur europäischen Integration Nr. 11. Europa-Institut an der Universität Basel, 1995 (64 S., Fr. 20.-)

Bernd Schulte: Von der Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft über die Europäische Union zur Sozialunion? In: Diether Döring/Richard Hauser (Hg.): Soziale Sicherheit in Gefahr. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1995 (264 S., DM 19.80)

Beide Beiträge befassen sich mit den Perspektiven einer sozialrechtlichen und sozialpolitischen Regulierung im Rahmen des europäischen Binnenmarktes. In seiner Diplomarbeit zum Studiengang am Basler Europa-Institut untersucht *Hans Baumann* am Beispiel der Bauwirtschaft das politische Schicksal von ausgewählten Richtlinien-Projekten im Rahmen des Normsetzungsprozesses der EU. Aufschlussreich ist die sogenannte „Entsende-Richtlinie“. Diese sollte dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen jener Arbeitnehmer, die von Baufirmen auf Baustellen in anderen Ländern entsandt werden, den im jeweiligen Beschäftigungsland üblichen Bedingungen entsprechen. Fortschrittliche Entwürfe sind aber bisher an den Mehrheitsverhältnissen im zuständigen Ministerrat gescheitert.

Auch andere Richtlinien-Projekte sind entweder gescheitert oder auf zahnlose Bestimmungen zurechtgestutzt worden: Beispielsweise die Richtlinie über die Arbeitnehmervertretung in europaweit operierenden Firmen, die nur noch von „Unterrichtung und Anhö-

rung“, nicht mehr von „Mitbestimmung“ der ArbeitnehmerInnen spricht. Ein Grund dafür ist u.a. der nach wie vor bestehende Zwang zur Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten, der die Kompetenz der EU in der Sozial- und Arbeitspolitik beschränkt und - durchaus vorhandene - Ansätze zu fortschrittlichen Regelungen unterbindet. Anlass genug für Baumann, diesen institutionellen Blockaden künftig vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gewerkschaften sollten sich „in die Debatte über eine europäische Verfassung und in die institutionelle Reform, die 1996 an einer Regierungskonferenz (Maastricht II) stattfinden soll, einmischen“.

Im Bereich der Verfassungspolitik der EU (EWG-Vertrag von 1957 und nachfolgende Verträge) untermauert *Bernd Schulte* die These, wonach die EU ihr soziales Postulat bisher nicht eingelöst hat. Der Begriff der „Sozialunion“ ist seiner Meinung nach „zu hoch gegriffen“, da die Sozialvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten nie jenes Mass der wechselseitigen Harmonisierung erreicht haben, das beispielsweise für die Handels- oder die Wettbewerbsvorschriften heute gilt. Es ist sogar zu erwarten, dass die fortschreitende Integration im Wirtschafts- und Währungsbereich der Realisierung einer Sozialunion entgegenläuft, da die wirtschaftspolitischen Konvergenzkriterien (staatliche Ausgabendisziplin usw.) „den Spielraum für sozialpolitisches Handeln in den Mitgliedstaaten spürbar beschneiden“ dürften.

Der Vorrang einer Integration auf dem Weg der Deregulierung und Wettbewerbsverschärfung zeigt sich auch daran, dass die wenigen ursprünglich in der Kompetenz der EG liegenden sozialpolitischen Regelungen wettbewerbspolitisch motiviert sind: Richtlinien

über europaweites Sozialversicherungsrecht und über die Gleichstellung der Geschlechter sollten den freien Verkehr der Arbeitskräfte sicherstellen und verhindern, dass der europaweite Wettbewerb durch Länder mit besonders fortschrittlichen oder besonders rückständigen Sozialauflagen verzerrt würde (zu den Gleichstellungsrichtlinien vgl. auch den Beitrag von S. Schunter-Kleemann in diesem Widerspruch-Heft).

Einen Schritt in Richtung einer eigenständigen EU-Sozialpolitik machen die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 und das damit verbundene Aktionsprogramm. (Diese Gemeinschaftscharta ist nicht identisch mit der Sozialcharta des Europarats aus dem Jahre

1961, die von der Schweiz bis heute nicht ratifiziert wurde.) Allerdings handelt es sich dabei um „soft laws“ empfehlenden Charakters, während die primäre sozialpolitische Zuständigkeit weiterhin bei den Mitgliedstaaten bleibt. Vieles deutet zurzeit daraufhin, dass letztere eine „Supranationalisierung“ der Sozialpolitik auf längere Zeit hinaus verhindern werden. Schulte spricht sich für eine verbesserte Vertretung der „sozialen Interessen“ aus; so sollten nicht nur die ArbeitnehmerInnen, sondern auch die aus dem Arbeitsmarkt Verdrängten und Ausgeschlossenen eine eigenständige Vertretung auf EU-Ebene erhalten.

Walter Schöni

Elke Biester/Barbara Holland-Cunz et al. (Hg.): Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozess aus feministischer Sicht. Campus Verlag Frankfurt/New York, 1994 (162 S., Fr. 39.–)

Bernhard Schäfers (Hg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages 1992. Campus Verlag Frankfurt/New York, 1994 (850 S., Fr. 148.–)

Martina Kattein: Frauenerwerbstätigkeit in der EG. Perspektiven für die 90er Jahre. Campus Verlag Frankfurt/New York, 1994 (182 S., Fr. 49.–)

Die feministische Einstellung zum europäischen Projekt sei diffus und abwartend, wird in der Einleitung zum Sammelband „Das unsichtbare Geschlecht der Europa“ festgestellt. Die Gründe dafür ortet Sabine Lang in den

mangelnden feministischen Parametern zur Erforschung von supra- und internationalen Organisationen. Wie breit aber auch im deutschsprachigen Raum eine feministische Debatte über die EU, basierend auf empirischen und theoretischen Analysen, in Gang gekommen ist, zeigt eine Anzahl von Publikationen, auf die hier hingewiesen wird. Klar ersichtlich wird, dass aus feministischer Sicht keinesfalls ein diffuser Standpunkt gegenüber der EU vorherrscht. Die eher skeptische und kritische Haltung hängt mit den gerade für Frauen eher düsteren Zukunftsaussichten des Binnenmarktpjektes zusammen.

Der Sammelband von *Elke Biester et al.* enthält die Referate einer Forumveranstaltung der Gruppe „Politik und Geschlecht“, die seit ihrer Gründung 1991 am Jahrestag der deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften zweimal jährlich Diskussionsforen organisiert. *Anni Weiler* untersucht die Frauenlohnpolitik in der EG. Sie stellt

zwei verschiedene Konzeptionen vor, mit welchen versucht wurde, die Lohn-diskriminierung strukturell abzubauen. Über anforderungsbezogene Lohnbegründungen wurden in Deutschland mit dem Instrument Arbeitsplatzbewertung Verbesserungen erzielt, während man in Schweden auf die Nivellierung des Einkommensgefüges mittels der „solidarischen Lohnpolitik“ setzte.

Beide Resultate fielen ernüchternd aus, da im ersten Fall das bestehende Lohngefüge die Werte bestimmte und im zweiten die Verbesserungen durch staatliche Ausgleichszahlungen –erfolgend aus der Differenz zu den tatsächlich bezahlten, aber tariflich viel höher vereinbarten Löhne – aufgeschluckt wurden. Trotzdem stellt sich Weiler nicht gänzlich gegen diese beiden Konzepte, da sie sich doch in einigen Punkten erfolgreich auf die Frauenlöhne auswirkten. Es müssten aber noch weitere Massnahmen wie etwa die in Frankreich praktizierte Mindestlohnregelung ergriffen werden. Diese führte wenigstens zu einer Angleichung der Niedriglohngruppen, in welchen die Frauen ja besonders häufig vertreten sind. Weiter müsste auf EG-Rechtsebenen künftig die in allen Teilen verbindliche Verordnung zur Durchsetzung der Gleichstellungspolitik gewählt werden. Neben neuen anforderungsbezogenen Begründungen für die Lohndifferenzierung könnte auch eine bedarfsbezogene eingesetzt werden.

Frauenpolitische Hoffnungen für EU-weite Gleichstellungspolitik wurden mit dem Beitritt Schwedens genährt. *Theresa Kuwalik*s Beitrag über den sozialdemokratischen Universalismus zeigt aber auf, dass auch der vielgepriesene schwedische Wohlfahrtsstaat eine gewisse Geschlechterblindheit in sich birgt. Obwohl die Geschlechterdisparitäten während der Wachstumsphase

mittels Umverteilung entschärft werden konnten, wurde nie über den geschlechterspezifischen Zugang zu Markt- und Politikressourcen nachgedacht. So lässt sich denn vordergründig viel Positives über das schwedische Modell sagen: Mit dem Ausbau des öffentlichen Sektors, welcher überwiegend Frauen beschäftigt, verbesserte sich ihr sozialer Status. Mutterschaft gilt als Teil der sozialen Staatsbürgerschaft, womit faktisch die Differenz anerkannt wird und den Frauen kollektive Rechte zugestanden werden. Und die daraus resultierende Politisierung der Frauen verleiht ihnen Macht und Spielräume, um den Wohlfahrtsstaat nach ihren Interessen zu gestalten.

Bei genauerem Hinsehen entsteht aber das altbekannte Bild: Trotz nahezu identischer Erwerbsquote existieren Unterschiede bei den strukturellen Merkmalen: hohe Teilzeitraten und überproportionaler Anteil der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienstleistungssektor. Trotz ökonomischer Unabhängigkeit verringerte sich die private Hausarbeit kaum. Der Prototyp der sozialen Staatsbürgerschaft ist der Erwerbsbürger, die Frauen wurden darin aufgenommen. Aus dieser Konsequenz heraus wurde das Geschlechterverhältnis nur als Frage der gerechten Einkommensverteilung und nicht als Frage der Machtverteilung angesehen.

Die praktische Unabhängigkeit der Frauen wurde durch die Umlagerung auf öffentlich bezahlte Erziehungsarbeit wiederum von Frauen erreicht. In den heute entscheidenden politischen Gremien der Arbeitsmarktpolitik, sprich Gewerkschaften, sind die Frauen kaum vertreten. Die Institutionalisierung der Fraueninteressen führte zur Abkopplung von der autonomen radikal-feministischen Bewegung, das Bewusstsein über existierende Machtkonflikte ist

schwach entwickelt. Quoten gelten deshalb als inakzeptables Instrument. Dementsprechend schwach wird die Kampfbereitschaft der Frauen sein, wenn es um den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, und auch um die Kürzung finanzieller Leistungen geht.

Um eine Einschätzung der Migrationspolitik, die sehr kritisch ausfällt, geht es *Diane Hummel*. Den Frauenhandel in Europa als neue internationale Arbeitsteilung analysierend, beschreibt sie deren Auswirkungen auf die davon betroffenen Frauen. Von den fast unüberwindlichen Aussengrenzen profitierten die Händler mehr als je zuvor, und das umfassende Überwachungssystem im Innern wirke rassistischfördernd und schränke die Bewegungsfreiheit drastisch ein.

Die Frage nach der neuen internationalen Arbeitsteilung unter Frauen wagt *Maria Rerrich* im von *B. Schäfers* herausgegebenen, materialreichen Sammelband „Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa“ nicht abschliessend zu beantworten. Empirische Befunde weisen jedoch in diese Richtung. Die These, wonach die Erwerbstätigkeit der Frauen soweit reiche, wie es ihnen gelinge, zusätzlich weibliche Ressourcen zur Unterstützung zu mobilisieren, konnte in der präsentierten Untersuchung stark untermauert werden. Und zwar schichtspezifisch differenziert: Untere Schichten bevorzugen weibliche Verwandte, während die mittleren und oberen Schichten sich vorwiegend bezahlte Hilfe, vornehmlich schwarz arbeitender Ausländerinnen leisteten. Angesichts einer wachsenden Anzahl von Ausländerinnen, die auf Arbeit im informellen Sektor angewiesen ist, wird dieser Trend wohl weiter anhalten.

Illona Ostner beschäftigt sich mit den Geschlechterverhältnissen im europäi-

schen Integrationsprozess. Die zwei ineinandergreifenden Prinzipien „abstrakte Gleichheit Erwerbstätiger“ und „Subsidiarität“ bestimmen das Ausmass und die Richtung der Geschlechterverhältnisse in der EU. Die Gleichheitspolitik abstrahiert ganz klar von der Vielfalt der Lebensformen, welche auf der weiblichen Seite ja besonders gross ist, und setzt das Mass einmal mehr beim männlichen Erwerbsbürger. Die Interpretation der Subsidiarität hingegen wird als residuale Grösse gehandelt. Dem Einzelnen sei keine Hilfe abzunehmen, die er aus eigener Kraft vollziehen kann.

Dies steht nun im Konflikt mit dem Individualismus, welcher die abstrakte Gleichheit anspricht. Für sozialpolitische Entscheidungen auf EU-Ebene heisst dies nun, dass nur dann von der Kommission Massnahmen vorgeschlagen werden, wenn sie nicht genau so gut von den Mitgliedsstaaten gemacht werden könnten. Die Politik der „abstrakten Gleichheit“, das Demokratiedefizit, die enggefasste Gleichheitsstrategie und das verkürzte Subsidiaritätsprinzip führen dazu, dass nationale Sonderkulturen erhalten bleiben und neue sich herausbilden werden, aber auch dazu, dass soziale Grundrechte vorrangig den Männern zugute kommen.

Mit der Frauenerwerbstätigkeit und ihren Perspektiven in den 90er Jahren setzt sich *Martina Kattein* in ihrer Analyse auseinander. Vom Ansatz der eigenständigen Existenzsicherung her gesehen, analysiert sie die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Arbeitsplätze. Die Frauenerwerbstätigkeit in der EG/EU präsentiert sich als völlig heterogenes Bild: Die skandinavischen Länder mit einer hohen Frauenerwerbsquote, die mitteleuropäischen Länder mit mehr oder weniger deutlich emanzipativen Trend und schliesslich die Mittelmeerländer, in denen Erwerbstätig-

keit noch von traditionellen Normen geprägt ist. Strukturelle Merkmale der Frauenerwerbstätigkeit sind eine ausnehmend hohe Anzahl ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse, worunter Teilzeitarbeit einen dominanten Stellenwert einnimmt. Auch sind eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen dem technischen Wandel ausgesetzt. Lohndiskriminierung wirkt auf der ganzen Bandbreite, und wie fast selbstverständlich sind Frauen in Management-Positionen selten anzutreffen.

Nach einer Analyse der verschiedenen Branchen kommt Katteins zum Schluss, dass die Vervollständigung des Binnenmarktes die Frauenerwerbstätigkeit eher im negativen Sinn beeinflusst. Erstens verschlechtert die EG ihre Position auf dem Arbeitsmarkt und löst eine Prekarisierung der Beschäftigungsver-

hältnisse aus. Da Frauen aber weiterhin aus familiären Gründen auf diese angewiesen sind, kann ihre Situation ausgenutzt werden. Zweitens sind die wirtschaftlichen Eliten nicht daran interessiert, die geschlechtsspezifisch hierarchisierte Arbeitsteilung zu überwinden, ja der Binnenmarkt baut sogar darauf auf. In einer Eurobarometerbefragung von 1992 war der Anteil der positiven Haltung bei den Frauen geringer (34 Prozent) als bei den Männern (43 Prozent) bei ungefähr gleicher Ablehnungsrate. Katteins Fazit fällt denn auch sehr kritisch aus. Der Binnenmarkt trage zu einer weltweiten Zementierung von Strukturen bei, welche es den Frauen erschwere, aus Abhängigkeit und Armut auszubrechen.

Heidi Rebsamen

Rolf Czeskleba-Dupont/Annette Grunwald et al.: Europäische Energiepolitik und Grüner New Deal – Vorschläge zur Realisierung energiewirtschaftlicher Alternativen. 2., erweiterte und vervollständigte Auflage, IÖW-Schriftenreihe Nr. 78, Giesebrechtstr. 13, D-10629 Berlin, 1994 (90 S., DM 24.-)

Die Energiewirtschaft steht nach wie vor und zu Recht im Zentrum von Überlegungen zu einem ökologischen Umbau der Wirtschaft. In der Energiefrage fließen die unterschiedlichsten Aspekte ökologischer Problematik und Politik zusammen. Es geht um Treibhauseffekt, um die mit der Lagerung von radioaktiven Abfällen verbundenen kurz- und langfristigen Gefahren, um eine umwelt- und sozialgerechte Entwick-

lung der sogenannten Dritten Welt, um die Entwicklungsrichtung der Produktionstechnologie, die in starkem Masse vom Preis und der Verfügbarkeit von Energieressourcen abhängig ist. Das unbestreitbare Verdienst der Schrift der AutorInnengruppe vom Institut für Entwicklung und Planung der Universität Aalborg (Dänemark) besteht darin, den angesprochenen Fragenkomplex anhand zweier konkreter energiepolitischer Investitionsentscheide in Dänemark und Deutschland zu beleuchten.

Die Schrift macht die Zwiespältigkeit der institutionalisierten Ökologiepolitik in der EU deutlich. Insbesondere wird klar, wie kurzatmig eine auf europäische Rechtsnormen fixierte Umweltpolitik sein muss, gerät sie doch unweigerlich in Konflikt mit anderen Rechtsnormen, sei es auf dem Gebiet der Ge-

werbefreiheit (Grosskraftwerk im Braunkohlegebiet von Brandenburg), sei es auf dem Gebiet der Raumordnung (Nordjütland Dänemark). Herausgearbeitet wird die Schwäche der EU-Umweltpolitik und der Reformbedürftigkeit bei der Darstellung des Schicksals, welches energiewirtschaftliche Alternativen gegenüber den „offiziellen“ Grossprojekten im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erlitten haben. Obwohl die EU-Richtlinie prinzipiell verlangt, dass Alternativen zu den vorgelegten Projekten ebenfalls auf ihre Umweltaspekte hin zu prüfen seien, waren im UVP-Verfahren die Alternativen chancenlos.

Die Studie hebt die Notwendigkeit hervor, in der Energiewirtschaft von einer Versorgungspolitik, wie sie ja auch die Schweiz kennt, zu einer *Vorsorgepolitik* überzugehen, in deren Mittelpunkt nicht die Zurverfügungstellung einer maximalen Energiemenge steht, sondern die umweltgerechte Befriedigung von Bedürfnissen, die heute mittels Einsatz von direkt und indirekt subventionierter Energie geschieht. Nicht Alternativen *in* der Energieproduktion (erneuerbare Energiequellen) allein sind gefragt, sondern eben auch Alternativen *zur* Energieproduktion (z.B. Hausisolation, Steigerung der Energieeffizienz von Produkten und Verfahren). Energiepolitik ist somit Technologie-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik in einem, die auch auf die naturale Gestalt der Investition Einfluss nimmt (S. 23). Die Crux bildet die Finanzierungsfrage, da gerade Grossinvestitionen im Energiebereich (Kraftwerke, Netze) die besondere Gunst der Anleger und der Politik geniessen, während die ökologisch einzig sinnvolle Dezentralisierung und Diversifizierung nur schwer an die notwendigen grossen, aber breit

zu streuenden Investitionsmittel herankommen.

Zwar verweisen die AutorInnen kurz auf die Konzepte einer ökologischen Steuerreform, in deren Zentrum eine Energiebesteuerung steht (S. 25); der Effekt aber, den eine spürbare Steigerung des Preises für Energie aus nicht erneuerbaren und grosstechnologischen Quellen auf die gewünschte Umorientierung in der Richtung der technologischen Entwicklung hätte – siehe dazu etwa die Arbeiten von E.U.v.Weizsäcker/S.P. Mauch/J. Jesinghaus/R. Iten: *Ökologische Steuerreform. Europäische Ebene und Fallbeispiel Schweiz*. Rüegger, 1992 – wird nicht weiter thematisiert. Doch gerade hier zeigt sich die politische Alternative zum nicht sehr aussichtsreichen Weg einer differenzierten Verrechtlichung der Umweltpolitik, die unausweichlich mit der Marktverfassung der Wirtschaft kollidieren muss, wobei aber die auch in dieser Schrift nachgewiesene Notwendigkeit der Dezentralisierung im Energiebereich auch nicht für eine planwirtschaftliche Renaissance spricht: Planwirtschaft ist ja im Energiesektor in der kapitalistischen Wirtschaft schon bisher das herrschende Paradigma.

Die von den Schweizer Grünen lancierte Tandem-Initiative im Bereich Energiebesteuerung und AHV strebt unter Einsatz eines makroökonomischen Instrumentes die gleichen Ziele im sozialen und ökologischen Bereich für die Schweiz an, wie es die AutorInnen für die EU über eine Reform des UVP-Verfahrens fordern. Einen *energiepolitischen Alleingang* in Kauf zu nehmen, ist angesichts der geschilderten Verfahrenheit in der EU für die Schweiz angebracht. Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen, kommt doch Ernst U. v. Weizsäcker im Rahmen der

Klimaschutz-Debatte (Berlin 1995) zum Schluss, dass diejenigen Volkswirtschaften die Zukunft am besten meistern werden, die zuerst die Wende in der Energieeffizienz schaffen. Zuvor

aber muss „der zentrale Gedanke der Effizienzrevolution im Umgang mit der Energie“ (ZEIT, 31.3.95) Fuss fassen und sich durchsetzen.

Thomas Heilmann

Heiner Busch: Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa. Westfälisches Dampfboot, Münster 1995 (440 S., Fr. 44.–)

Auf die Öffnung der Grenzen im EG-Binnenmarkt waren die Sicherheits- und Kontrollbehörden der einzelnen Mitgliedstaaten nicht ganz unvorbereitet. Bereits 1976 entstand in der EG mit Namen TREVI eine polizeiliche Kooperation. Seither tarnte sich das „Europa der Polizeien“ mit Abkürzungen K4, SIS, SIRENE, EIS, Eurodac, Europol, EDU usf. Informationen darüber waren öffentlich kaum zugänglich. Dem Berliner Sozialwissenschaftler *Heiner Busch* war die bis heute in den Medien präsentierte „Scheinlogik von Grenzabbau, Sicherheitsverlust und Ausgleichsmassnahmen“ (S. 11) im Binnenmarkt suspekt; er begann zu recherchieren. Sein vorliegender Band „Grenzenlose Polizei?“ informiert erstmals über die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik in den westeuropäischen Staaten, über die Geschichte und den Stand der „intelligenten Zentralisierung als Internationalisierung“ der polizeilichen Zusammenarbeit.

Die Innen- und Justizpolitik, im Maastrichter Vertrag neben Wirtschafts- und Währungsunion als „dritte Säule“ festgeschrieben, wird massiv ausgebaut: Neue computerisierte Fahndungs- und Überwachungssysteme be-

stimmen den polizeilichen Alltag; das Sammeln, Verarbeiten und Übermitteln von Daten aller Art über Personen schafft eine Vormachtstellung der Polizeibehörden. Gearbeitet wird vermehrt mit verdeckten Methoden und im Bereich der sogenannten Vorfeldkontrolle, also weit über den Bereich der Strafverfolgung hinausgehend.

Die „Verpolizeilichung der Ausländer- und Asylpolitik“ (S. 76) dient der Kontrolle der EG-Aussengrenzen; die „Abschottung gegen Flüchtlinge und Einwanderer“ (S. 356) funktioniert perfekter denn je. Hingegen ist die „Kontrolle von Polizei und Exekutive“ (S. 353) durch das Europäische Parlament „minimal“, schlechter noch als im Inneren des nationalstaatlichen Rahmens, wo die Grundrechte Stück für Stück einer vorgeblichen „Terrorismus“- und „Verbrechensbekämpfung“ geopfert werden.

Busch kommt in seiner ausgezeichneten Analyse u.a. zum Schluss, dass „die demokratische, an Bürgerrechten orientierte Politik gegenüber der wachsenden Internationalisierung polizeilicher Tätigkeit in die Defensive geraten“ (S. 356) sei. Von der Bürgerrechtspolitik erwartet er ein unermüdliches „Pochen auf Menschen- und Bürgerrechte. Sie muss mehr als bisher die Ineffektivität polizeilicher und d.h. gewaltsamer Lösungen für politische Probleme herausarbeiten.“ (ebd.)

Beat Leuthardt

Johannes Vollmer (Hrsg.): „Dass wir in Bosnien zur Welt gehören“ - Für ein multikulturelles Zusammenleben, Benziger, Solothurn/Düsseldorf 1995 (306 S., Fr. 26.80)

„Ja, es ist höllisch was heute in Bosnien geschieht, aber das beweist nicht, dass Bosnien nicht möglich ist, es zeigt nur, dass die feinen, komplexen Strukturen sehr schwach sind gegenüber der mechanischen Kraft; mit einem Hammer kann man ein Mosaik zerschlagen, mit einem Mosaik nicht den Hammer - das ist alles, was durch die aktuellen Geschehnisse in Bosnien bewiesen wird.“(S. 205), so *Dzevad Karahasan* in seinen kritischen Ausführungen zur „metaphysischen Art des europäischen Denkens“, die seines Erachtens von P. Glotz und H.M. Enzensberger gepflegt wird.

Zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung leistet die von *Johannes Vollmer* unter dem Titel „Dass wir in Bosnien zur Welt gehören“ herausgegebene Aufsatzsammlung einen wichtigen Beitrag. Die sowohl inhaltlich als auch formal kurz und prägnant gehaltenen Artikel sind in sechs Kapitel aufgegliedert, wovon jene über das „Zusammenleben“, das Überleben, die Ideologie der „Ethnischen Säuberung“ sowie über die Rolle des Westens im Krieg in Bosnien zu den wichtigsten gehören. Es handelt sich um Analysen, Zeugnisse, Erlebnisberichte, Gespräche und Aufrufe, die einen grossen Eindruck hinterlassen. Nebst Schweizer AutorInnen wie *Angeline Fankhauser*, *Alfred A. Häsler* und *Paul Parin* schreiben auch die bekanntesten bosnischen Schriftsteller *Izet Sarajlic* und *Marko Vesovic*, Akademiker und Intellektuelle wie der Präsident des serbischen Bürgerrates in Sarajevo, *Ljubomir Berberovic* und der Chefredaktor von *Oslobodenje*, *Zlatko Diz-*

darevic. Für einmal sind die Betroffenen nicht Objekte einer oberflächlichen oder arroganten Berichterstattung, sondern Subjekte eines aufrüttelnden Nachdenkens. Die Betroffenen als Experten.

Die in diesem Band gesammelten Beiträge geben Antworten auf die wohl drängendsten Fragen: Was ist in Bosnien wirklich geschehen? Was bedeutet dies für Europa? Was geht uns das an? Wo ist unsere Mitverantwortung – und damit: Wo liegen die Möglichkeiten der Kultur als Widerstand?

Das Buch wurde nicht aus theoretischer Absicht geplant, sondern es entstand aus einer Aktion heraus: Der im Winter 1993 veröffentlichte verzweigte Appell der Intellektuellen aus dem belagerten Sarajevo „An das Gewissen der Menschheit“ hat eine Unterschriftensammlung in der Schweiz bewirkt, aus der heraus schliesslich die „Kulturbrücke Schweiz-Sarajevo“ hervorging. *Franz Hohler* schreibt in seinem Vorwort: „Kultur ist ja das erklärte Gegenteil von Krieg, und so gründeten wird die „Kulturbrücke Schweiz-Sarajevo“ und von dieser Brücke erzählt auch dieses Buch.“ Schliesslich wurden *Simon Gerber*, der Koordinator dieser Kulturbrücke, und die Mitautorin und Übersetzerin des Buchs, *Marija Wernle-Matic*, im April dieses Jahres von den extremistischen Serben bei Sarajevo als Geiseln verschleppt, der antiserbischen Propaganda angeklagt und schliesslich anfangs Mai freigelassen. Sie führten eben dieses Buch bei sich.

Dass der Einsatz für ein multikulturelles Bosnien, dessen Bestandteil der Brückenschlag zum isolierten belagerten Sarajevo sein muss, von den extremistischen Serben unter Radovan Karadzic als feindliche Aktivität verstanden wird, ist gemäss ihrer Kriegslogik zwingend, ist doch die Isolation selbst Teil einer militärischen Strategie der

Teilung, der Vertreibung, Ghettoisierung und Vernichtung.

Die Aufsatzsammlung zeigt mit allen Konsequenzen auf, was in ihrem Titel anklingt: „Wir dachten, dass wir hier in Bosnien zur Welt gehören.“ - „Und wir haben auch wirklich zur Welt gehört“, schreibt *Izet Sarajlic* in seiner bitteren Anklage gegen die Intellektuellen. Einer Anklage, die in die Mahnung mündet: „Gott möge Euch davor behüten, dass Ihr wie wir von solchen Faschisten eingekreist werdet. Wenn jetzt nichts geschieht, wird sich dieses faschistische Denken weiter ausbreiten und weiter nach Europa kommen...“ (S. 26) Und: „Lasst nicht zu, dass Bosnien und seine Hauptstadt nach ethnischen Kriterien aufgeteilt werden. ... Dann hätte sich das nationalistische Denken durchgesetzt. Für uns aber wäre dies das Ende des europäischen Denkens.“ (S.27)

In Bosnien, so *Zlatko Dizdarevic*, geht es um den Überlebenskampf der Demokratie gegen den Totalitarismus. Doch dies versteht Europa nicht. Nicht weil das, was in Bosnien geschieht, so widersprüchlich und unverständlich wäre. Komplex und verworren ist nicht die Situation in Bosnien, sondern die im Westen herrschende Kombination von typischen „Reaktionsmustern im Medienzeitalter“ (*J. Vollmer*), ignoranten Balkan-Experten, gezielter Medienlüge und dem globalstrategischen Interesse an Appeasement und Containment.

Dies sind u.a. die Gründe, welche die Untätigkeit des Westens rechtfertigen sollen. Hinzu kommen die Folgen der faktischen Isolation und Blockade der freien Gebiete Bosnien-Herzegowinas (*Adil Kulenovic, Simon Gerber*), wobei Johannes Vollmer die Sichtweisen von Th. Fleiner und anderen in der 'Weltwoche' kritisiert, die dem Westen „die Rolle des Zuschauers ermöglicht haben“ (S.20), indem in entlastender

„pseudowissenschaftlicher Rede von drei gleichermassen menschenverachtenden Nationalismen“ ausgegangen wird – eine „moderne Variante der kolonialistischen Phrase von den 'Barbaren'“ (ebda.).

Was in Bosnien ungehindert geschehen konnte und weiterhin geschehen kann, ist ein Verrat an den Menschenrechten, an den Grundrechten der Zivilisation, am Völkerrecht, am Versprechen des „Nie wieder Krieg“ vor 50 Jahren. Ein Verrat, an dem gerade auch die Intellektuellen eine wichtige Rolle gespielt haben. Vor dem Hintergrund der Blut- und Bodenideologie der serbischen Extremisten, so *Elisabeth Erdmann-Pandzic* in ihrem Beitrag, an deren Aktualisierung die serbische Akademie der Künste und Wissenschaften mit ihrem Memorandum SANU die Hauptverantwortung trägt, wird am Beispiel von drei bekannten reformmarxistischen Intellektuellen, Mitgliedern der damals legendären Praxisgruppe, gezeigt, wie Täter sich zu Opfern umstilisieren. *Arnold Künzli* schreibt über einen dieser Mittäter des „mörderischen serbischen Nationalismus“, über M. Markovic. „Es ist unglaublich: Dieser Philosophieprofessor, der in der „Praxis“-Gruppe eine führende Rolle spielte, der sich u.a. als Konflikt- und Friedensforscher einen Namen gemacht hatte, jahrelang Mitglied des Direktatoriums der Internationalen Friedensakademie und Gastprofessor an amerikanischen und deutschen Universitäten war - dieser Mann ist seit Kriegsbeginn und bis heute der politische Berater und Chefideologe des Hauptverantwortlichen für die „désastres de la guerre“ in Ex-Jugoslawien, des faschistoiden Kriegsverbrechers Slobodan Milosevic.“ (S. 144).

Aufschlussreich sind die von *Johannes Vollmer* aufgearbeiteten Fakten der

Medienlügedebatte, wie sie die 'Weltwoche' lanciert hat, die Geschichte einer „Desinformationskampagne im Namen unparteiischer Information“. (S.299 ff.) Wen wundert es angesichts dieser Kampagnen noch, dass die Verleugnung des Genozids und Vertreibungskriegs in Bosnien, zu der auch die Gleichsetzung von Opfern und Tätern gehört, so gut funktionieren konnte? Teil dieser fatalen Gleichsetzung war auch der schnell lautgewordene Vorwurf, dass bereits die Benennung der Täter eine Verurteilung des serbischen Volks bedeute. Dabei sei, so der jüdische Arzt *Milan Stern* aus Sarajevo in einem Gespräch, eine „Psychopathologie des serbischen Volkes wie orthodoxer Gesellschaften überhaupt“ (S. 162) nicht zu unterschätzen. Er spricht von einer „Struktur ewiger Opfer“, als die sich die Serben verstehen, vom „Volkswahn“, sich rächen zu müssen.

Diesem nationalistisch-faschistoiden Wahn stehen die Geschichte und die

Realität des multikulturellen Zusammenlebens in Bosnien entgegen. Und der Kampf all jener BosnierInnen - ungeachtet ihrer Religions- oder Nationalitätszugehörigkeit – gegen die Teilung und für die Erhaltung des multikulturellen Bosniens. Dieses ist das Muster eines feinen Mosaiks, dass durch Aggression und fortdauernde Belagerung zerschlagen werden soll. Doch: „Es ist ein Geist, es ist dieser Wille, sich nicht aufzugeben..., der die Stadt (Sarajevo) trotz der Zerstörung beseelt und schön macht.“ (*Marija Wernle-Matic*).

Gerade weil in Europa in einem Ausmass wie nirgend sonst auf der Welt vor fünfzig Jahren Rassenwahn und Säuberungslogik zu Unsagbarem geführt haben, muss das, was in Bosnien geschieht, angesprochen und verstanden werden. Das Buch macht deutlich, warum in Bosnien auch die Zukunft Europas entschieden wird.

Rahel Bösch

Nenad Stefanov/Michael Werz (Hg.): Bosnien und Europa. Die Ethnisierung der Gesellschaft. Fischer Tb. Verlag Frankfurt, 1994 (207 S., DM 18.90)

Marie-Janine Calic: Der Krieg in Bosnien-Herzegovina. Ursachen, Konfliktstrukturen, Internationale Lösungsversuche. Suhrkamp Frankfurt, 1995 (210 S., DM 19.20)

Allem wird heute von interessierten politischen Astrologen der Bourgeoisie ein Ende erklärt: Ende der Utopie, Ende des Sozialismus, Ende der Geschichte. Bloss dem Faschismus hat noch niemand den Totenschein auszustellen ge-

wagt, und dies mit gutem Grund. Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind wir mitten in Europa schon wieder mit einem hausgemachten, besinnungslos brutalen, kriegslüsternden, nationalistischen und rassistischen Faschismus konfrontiert, der seinen geschichtlichen Vorbildern alle Ehre macht: demjenigen der Milosevic- und Karadzic-Serben (mit denen sich keineswegs alle Serben solidarisieren).

Und Europa blickt weg, wenn es nicht sogar, wie Frankreich und England, die vom neu-alten Russland sekundiert werden, insgeheim auf einen Sieg der Serben hofft. Führend sind da wieder dieselben Mächte, die 1938 ihre demo-

kratischen Prinzipien und Werte plus die Tschechoslowakei an Hitler und Mussolini verhökert hatten. Aber Diplomatie ist allzumal amoralisch, und was wir heute dringlich nötig hätten, wären so erklärte Anti-Diplomaten wie ein Churchill und ein De Gaulle. Statt dessen agieren Lord Owen und Boutros Ghali, der sich in Sarajevo durch einen ölglatten Japaner vertreten lässt, dem es offensichtlich keine Schwierigkeit bereitet, den Kriegsverbrecher Karadzic mit „Ihre Exzellenz“ anzureden. Es ist zum Heulen.

Unter dem Titel „Bosnien und Europa“ ist ein von *Nenad Stefanov* und *Michael Werz* herausgegebener Band von Aufsätzen jugoslawischer, deutscher, österreichischer und schweizerischer Autoren erschienen, die unserer krimineller Gleichgültigkeit den Kampf ansagen und Europa warnen, dass es da in Bosnien entscheidend auch um *seine* Sache gehe. Europa ist daran, in Bosnien seine – ohnehin arg lädierte – politische und moralische Glaubwürdigkeit zu verspielen. „Das ist der Anfang vom Ende einer Zivilisation“, meint der bosnische Ministerpräsident und Historiker Silajdzic, und *diese* Prophezeiung vom Ende besitzt einige Überzeugungskraft. Und er fügt hinzu: „Es gibt keine Staatsmänner mit Visionen, wir leben in einem Produktions- und Konsumationszyklus, sprechen vom ‚global village‘ und erleben in Sarajevo eine Belagerung im Stil des 13. Jahrhunderts“. Und im vorliegenden Sammelband, der den Untertitel „Die Ethnisierung der Gesellschaft“ trägt, sekundiert der Belgrader Sozialphilosoph *Nebojsa Popov*: „Sarajevo ist nicht nur Symbol des bosnischen Dramas, sondern auch der gesamten zeitgenössischen Zivilisation.“ (S. 108)

Der Sammelband ist ein einziges Plä-

doyer gegen die Aufteilung Bosnien-Herzegovinas nach ethnischen Gesichtspunkten und für die Wahrung und Institutionalisierung des multikulturellen und multiethnischen Charakters des Landes. Aus den Aufsätzen, die hier nicht alle erwähnt werden können, erfährt man viel Wissenswertes über die Geschichte Bosnien-Herzegovinas im Zusammenhang mit der Jugoslawiens, über die ökonomischen Hintergründe des Konflikts, über die Bedeutung des Fehlens zivilgesellschaftlicher Strukturen. *Paul Parin* geißelt – dies ist der Titel seines Aufsatzes – „Das Lügenarsenal des Westens. Die Produktion falschen Bewusstseins zum Zweck der Legitimierung von Politik“ und wirft der UNO und der EU vor, die serbischen Angreifer planmässig zu unterstützen. Es handle sich in Bosnien nicht um einen Bürgerkrieg, sondern um einen Eroberungs-, Vertreibungs- und Vernichtungskrieg. *Harry Bauer* und *Thomas Kimmig* üben u.a. Kritik an der Sprachlosigkeit der SPD und am dogmatischen Gesinnungspazifismus von Bündnis 90/Grünen. *Detlev Claussen* untersucht den Nationalismus als Religionsersatz. Der Zagreber Philosoph *Gvozden Flego* wirft einen Blick zurück auf den „real existierenden Sozialismus“ und die Altlasten, die dieser dem Postsozialismus hinterlassen hat.

Ein wichtiger Aufsatz ist der des serbischen Ethnologen *Ivan Colovic*, der die politische Mythologie am Beispiel der Wiederbelebung des serbischen nationalen Mythos mit seiner biologisch-rassistischen Genetik und dem Traumziel „Alle Serben in einem Staat“ analysiert. *Nebojsa Popov* untersucht die „starke kriegerische Tradition...“, die über die herrschende Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus-Titoismus konserviert wurde“. Erhel-

lend auch, was *Bozidar Gajo Sekulic*, ein an der „Kritischen Theorie“ orientierter Philosophie-Professor in Sarajevo, zum Zusammenbruch des Wertesystems zu sagen hat. Nach den Erfahrungen der Zerstörungen in Sarajevo gebe es keine Argumente mehr für irgendwelchen Humanismus. Dieser sei auf einen Humanitarismus reduziert, aber die humanitäre Hilfe hebt den Krieg nicht auf, ja ermöglicht ihn erst in gewisser Hinsicht, bedeutet andererseits aber für die leidende Bevölkerung eine rettende Hilfe.

Stefan Oeter nennt den Krieg in Bosnien einen „Super-GAU des Völkerrechts“ und schreibt: „Eine Beschränkung des Einsatzes von Truppen auf rein humanitäre Aufgaben bewirkt unter Umständen das genaue Gegenteil des ordnungspolitisch Sinnvollen, nämlich eine Absicherung des militärischen Status quo zugunsten des Aggressors“. (S. 168) Die militärischen Bedenken gegen einen Einsatz von Kampftruppen werde man „als weitgehend vorgeschoben ansehen müssen“. *Sejfudin Tokic*, der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im bosnischen Parlament, nennt „das wahnsinnige Projekt einer Aufteilung Bosnien-Herzegovinas“ durch den Owen-Stoltenberg-Plan „apokalyptisch“. Wie man sieht: Diese Analysen sind ein wertvoller Beitrag zum Verständnis dessen, was in Bosnien und mit Bosnien geschieht und, was nicht weniger wichtig ist, seitens der UNO und EU sträflichst unterlassen wurde.

Anzuzeigen ist weiter das Buch von *Marie-Janine Calic* „Der Krieg in Bosnien-Herzegovina. Ursachen, Konfliktstrukturen, Internationale Lösungsversuche“. Die Autorin arbeitet in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ehrenhausen bei München und legt hier eine

gleichzeitig historische und systematische Analyse des Bosnien-Konflikts vor, die das Prädikat „wissenschaftlich“ verdient und ebenso präzise wie differenziert und umfassend dokumentiert ist. Frau Calic beginnt mit der Problematik der jugoslawischen Staatsschöpfung – „ein gescheitertes Experiment“ – und erörtert dann alle die politischen, sozialökonomischen, ethnischen, kulturellen, nationalen, internationalen Ursachen und Folgen des Konflikts. Sie spricht von einem „Grossserbismus“, der „zugleich irredentistische und hegemoniale Züge“ aufweise: „Je niedriger der serbische Bevölkerungsanteil in den beanspruchten Gebieten liegt, desto stärkere hegemoniale Züge trägt der Grossserbismus... Um die Ansprüche auf ethnisch heterogene Regionen aufrechterhalten zu können, wird die nationale Identität anderer Völker geleugnet. So werden die bosnischen Muslime kurzerhand zu islamisierten Serben erklärt“. (S. 151)

Aber die Autorin weist auch auf Tudjmans Plan hin, die kroatischen Grenzen von 1939 auf Kosten Bosnien-Herzegovinas wiederherzustellen, und sie verschliesst ihre Augen auch nicht vor gewissen problematischen Entwicklungen in Bosnien-Herzegovina selbst. Aber diese erscheinen vorläufig als relativ harmlos, verglichen mit dem, was die Autorin einen serbischen „Ethnozid“ nennt, inspiriert von einem ethnobologischen Nationverständnis. Es bestehe kein Zweifel an der Systematik der ethnischen Säuberungen. Weiter spricht sie von einem „rituellen Städtetöten“ an den muslimischen oder multikulturellen Innenstädten. Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft hält sie für eine Politik der Schadensbegrenzung, und auch sie spricht von einem Versagen der Diplomatie auf allen Ebenen

(77 Waffenstillstände bis Herbst 1994).

Weiter untersucht sie die Probleme einer Friedenslösung und die internationalen Folgen des Konflikts, der „auch die Identität und den Zusammenhalt des Westens“ bedrohe. Serbien sei moralisch diskreditiert, es habe eine „Reha-

bilitierung der Barbarei“ stattgefunden. Und vielleicht die entscheidendste Einsicht dieses hervorragenden Buches: „Keine ethnisch fundierte Aufteilung Bosnien-Herzegovinas wäre in der Lage, die Region zu befrieden“.

Arnold Künzli

Zur Erinnerungsproduktion in der Schweiz fünfzig Jahre nach Kriegsende

Jacques Picard: Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik. Chronos Verlag, Zürich 1994. (559 S., Fr. 68.–)

Gaston Haas: „Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte ...“ 1941-1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste. Helbing und Lichtenhahn, Basel 1994. (281 S., Fr. 69.–)

Am 8. Mai 1995 wurde an den fünfzigsten Jahrestag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus und an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa erinnert. Viele Zeitungsartikel, Fernsehbeiträge, Bücher und Gedenkanlässe thematisierten die verschiedensten Aspekte und wirken so an der „Vergangenheitsbewältigung“ mit. Die unterschiedlichsten Ereignisse und Begebenheiten aus dieser Zeit wurden dokumentiert, aber mehr aneinandergereiht als miteinander in Beziehung gebracht: die Befreiung der Konzentrationslager, die Geschichte von Schweizern, die in die SS eintraten,¹ die Erinnerungen von Flüchtlingsbetreuern,² Kriegshandlungen in der Schweiz.³ Trotz der Fülle an Berichten entsteht der Eindruck, es häufe sich da immer mehr vom gleichen.

Eine These von Saul Friedländer könnte zur Orientierung nützlich sein, dass nämlich „die Erinnerung hinsichtlich des Kollektivs ein soziales Phänomen darstellt, ein gesellschaftlich produziertes Ensemble von Symbolen, das zur wesentlichen Referenz für Bericht und Erzählung der Gruppe über ihre eigene Vergangenheit wird; hier wird im Regelfalle die fortlaufende Selbstwahrnehmung der Gruppe konstruiert“.⁴ Identität, auch kulturelle oder nationale, ist nie etwas Abgeschlossenes; sie muss immer wieder und von neuem erfahren und erlebt werden. Das Bedürfnis nach Identität, das heisst der Wunsch, sich über sich selbst mehr Gewissheit zu verschaffen, speist die „Produktion“ von Erinnerung. Jetzt bringt eine nicht direkt beteiligte Generation für sich und zukünftige Generationen die unmittelbar vergangene Geschichte zur Darstellung und trägt so durch ihre Interpretation, durch die Hervorhebungen ebenso wie durch die Auslassungen zur Identitätsbildung bei.

In der Schweiz berührt die Erinnerung an das Kriegsende in Europa die Tatsache, dass dieses Land vom Krieg verschont blieb. Das Bild der Schweiz als „Insel“ bringt die Selbstdarstellung der Situation der Schweiz während des Krieges zum Ausdruck; die Frage nach den Gründen für die nazideutsche

Respektierung der Schweizer Neutralität wurde seither auf vielfältigste Weise gestellt und beantwortet.⁵ Bundesratspräsident Kaspar Villiger hat sich offiziell für die Einführung des Judenstempels in der Schweiz 1938 entschuldigt und dabei die rhetorische Frage gestellt, ob bei der Flüchtlingspolitik antisemitische Gefühle mitgespielt hätten (NZZ v. 8.5.1995).

Bundesrätin Ruth Dreifuss wurde für die Klarheit angefeindet, mit der sie feststellte, die Erfindung des Judenstempels sei „eine antisemitische Ungeheuerlichkeit, für die es auch angesichts der sehr schwierigen Zeit aus heutiger Sicht keine Rechtfertigung geben darf.“ (T.A. v. 11.5.1995) Sie wagte es, die Rede Villigers implizit zu ergänzen, indem sie von den Anpassern und Geschäftemachern in der bürgerlichen Elite sprach, die bis in den (damals ausschliesslich bürgerlichen) Bundesrat hineinreichten.

Die genauere Benennung des von Historikern bereits heute erforschten gesellschaftlichen Zusammenhangs, in dem die Schweizerische Flüchtlingspolitik stattfand, wird noch immer als „Propaganda“ interpretiert. (Vielleicht entschuldigen sich in fünfzig Jahren dann die Bürgerlichen bei den Sozialdemokraten dafür.) Die Schweizerische Flüchtlingspolitik war schon während des Krieges ein polarisierendes Thema und ist es heute noch immer: die einen rechtfertigen sie und die andern sind empört.

Alfred A. Hässler hat mit seinem Buchtitel: „Das Boot ist voll“⁶ die zynische Rechtfertigungsmetapher des damals verantwortlichen Bundesrates Eduard v. Steiger entlarvt; das Buch selbst hat es in knapp 30 Jahren immerhin auf eine Auflage von 65 000 Exemplaren gebracht. In vielen Publikationen seither wiederholt sich die Selbstanklage, die Schweiz hätte mehr Menschen aufneh-

men sollen. Die Frage nach der Schuld, die sich sofort aufdrängt, ist allerdings äusserst komplex und unangenehm.

Die von offensichtlich vielen Schweizerinnen und Schweizern empfundene tiefe und anhaltende Empörung hat auf merkwürdige Weise wenig Resonanz gefunden. Sie wird offenbar vollkommen neutralisiert durch die Rechtfertigungstendenz, die mit einer gewissen Selbstüberhöhung einhergeht, neuerdings durch eine publizistische Ehrenrettung der Schweiz dank dem mutigen Verhalten einzelner Schweizer von damals. Hauptmann Paul Grüninger, Konsul Carl Lutz in Budapest und der IKRK-Delegierte Louis Häfliger, der das KZ Mauthausen befreite, gelten als Beispiele, deren Zivilcourage gleichzeitig hervorgehoben wird wie das Versagen der damaligen Behörden. Das enorme Echo, das etwa Stefan Kellers gründliche Recherche über den Fall des Polizeihauptmanns Grüninger⁷ in den Medien gefunden hat, lässt sich sicher auch mit dem Bedürfnis nach einem Schweizer Schindler, nach vorbildlichen und identitätsstiftenden Figuren erklären.

Gaston Haas legt in seiner Dissertation *„Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte...“* Dokumente vor, die belegen, was man in der Schweiz 1941-1943 von der Judenvernichtung wissen konnte. Das Zitat im Titel ist ein Satz von Bundesrat Eduard v. Steiger, der sich im Vorwort der ersten offiziellen Stellungnahme zur Flüchtlingspolitik der Kriegsjahre äussert, im Ludwig-Bericht von 1957. Er gesteht ein, dass Fehler gemacht wurden, und relativiert sie gleich wieder mit dem Hinweis auf dieses Nicht-Wissen. Haas beweist mit reichem Quellenmaterial, dass „die massgeblichen Instanzen der Schweizer Regierung, der

Armee sowie der Presse (und damit im weitesten Sinn die Öffentlichkeit) während des Zweiten Weltkrieges über das Vernichtungsprogramm der Nationalsozialisten gegen die Juden in Europa praktisch von Beginn an informiert waren.“

Haas lässt die Fakten in chronologischer Reihenfolge für sich sprechen, und sie sind eindrucksvoll genug, auch wenn sie nicht überraschen. Die Art der Rechtfertigung des für die damalige Flüchtlingspolitik verantwortlichen Chefs des Polizei- und Justizdepartementes, der mit feierlich aufgeblasenem Nicht-Wissen auf die Offenlegung der Fakten antwortet, ist jedoch mehr als nur seine persönliche Schwäche. Bundesrat v. Steiger ist hier das Sprachrohr und Symptom einer gesellschaftlichen Tendenz, die das humanitäre Ideal der Schweiz nur dort aufrecht erhält, wo es nichts kostet und ungefährlich ist. Unbequem an der Rede von Bundesrätin Dreifuss ist ja, dass sie das Ausblenden von Wissen zur Vermeidung des Gewissenskonflikts für unentschuldig hält, während Villiger der Meinung zu sein scheint, die Flüchtlingsretter hätten sich an ethischen Werten orientiert, die später als Grundlage des internationalen und schweizerischen Rechts im Asylbereich gegolten hätten.

Nicht genug Leser kann man dem Buch wünschen, das erstmals „die Juden“ selbst in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit in den Mittelpunkt stellt: *Jacques Picards „Die Schweiz und die Juden 1933-1945“*.

Im ersten Teil stellt Picard die „Verschweigerung“ des Antisemitismus in den gesamteuropäischen Kontext und zeigt, wie im Verlauf der Zeit unter dem Eindruck der Erfolge des Nationalsozialismus „der Flüchtling“ an die Stelle des negativen (Ost)-Judenbildes trat - und wie sich der Antisemitismus in seiner vermeintlichen Vermeidung zeigt:

durch die Aufspaltung in westliche und osteuropäische Juden, in hiesige und fremde, assimilierte und unangepasste, jüdische und unjüdische Juden. Derselben Logik folgt auch das Argument, dass der Antisemitismus am besten vermieden werden kann, wenn man die „Verjudung“ der Schweiz verhindert. Die administrative Vollzugspraxis diskriminierte die ausländischen Juden und meinte die Juden überhaupt. Bekannt ist die Schliessung der Grenze für „rassisch Verfolgte“; ebenso diskriminatorisch war die Einbürgerungspraxis: Bis in die fünfziger Jahre durften nur gerade zwölf angepasste Juden gesamtschweizerisch eingebürgert werden. Picards Befund: Unter dem „Tarnmantel der Flüchtlingspolitik“ wurde eine eigentliche „Judenpolitik“ betrieben.

Picard stellt auch die Abwehrmassnahmen der jüdischen Organisationen dar, die zu den sich verändernden Bedingungen von Fall zu Fall Strategien entwickeln mussten. Der zweite Teil des Buches widmet sich der Frage, wie die Juden in der Schweiz innerhalb des eng gesteckten Rahmens agierten. Er zeichnet ein Bild des breitgefächerten jüdischen Spektrums zwischen „Philanthropie und Politik“ und beleuchtet auch die internationale Vernetzungen und die Drehscheibenfunktion, die die Schweiz während des Krieges innehatte. In einigen Kapiteln werden detailreich und dennoch niemals langweilig aufschlussreiche Begebenheiten aufgerollt: z. B. wie der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes vom Nationalbankpräsidenten schikaniert wurde, indem ihm als Juden „gute Beziehungen zu Morgenthau“, dem jüdischen amerikanischen Finanzminister, unterschoben wurden. Picard legt genaue Zahlen vor über die Aufwendungen, die von jüdischen Organisationen aufgebracht wurden, um

damit einerseits für die aufgenommenen Flüchtlinge und ihre Weiterwanderung aufkommen zu können (ein Versprechen, das unter dem erpresserischen Druck gegeben wurde, „jeden Antisemitismus zu vermeiden“) und andererseits die Zahlungen, die via Schweiz für die Hilfe und Rettungsmassnahmen zugunsten der verfolgten Juden im besetzten Europa gebraucht wurden.

Er beschreibt die schonungslose Fortsetzung der Flüchtlingspolitik der Schweiz als Transitland nach Kriegsende, was ein noch nicht genügend bekanntes oder gar verarbeitetes Kapitel dieser Epoche ist: Der letzte Flüchtling verliess 1952 die Schweiz. Von den insgesamt knapp 30'000 jüdischen Flüchtlingen konnten gerade 1'600 in der Schweiz bleiben.

Diese Tatsache und auch die harte Behandlung der jüdischen Flüchtlingskinder widersprechen dem auch in der Linken verbreiteten Glauben, dass die diskriminierenden Massnahmen im dem Moment nachliessen, als sich der Sieg der Alliierten abzuzeichnen begann. Es ist eigentlich unerhört, dass die grausame Eile, mit der man in der Schweiz die jüdischen Flüchtlinge nach Kriegsende wieder los sein wollte, nicht seit langem mit derselben Empörung zur Kenntnis genommen wird wie ihre Rückweisung in den fast sicheren Tod. Bei aller Aufmerksamkeit dem Thema gegenüber war davon nie die Rede, obwohl die Tatsache selbst natürlich nicht unbekannt ist.

Wenn sich aber die Fortsetzung der Schweizerischen Politik gegenüber den jüdischen Flüchtlingen nach Kriegsende mit einer von bundesrätlicher Seite zwar bedauerlichen, aber verständlichen Anpassung an den Druck des Nationalsozialismus weder erklären noch rechtfertigen lässt, bleibt nur eine Deutung möglich: Da war - und ist weiter-

hin - ein eigenständiger, hausgemachter helvetischer Antisemitismus wirksam. Er zeigt sich paradoxerweise in den Auslassungen und Verzerrungen, indem Juden in der Erinnerungsproduktion zum Zweiten Weltkrieg entweder gar nicht oder vor allem als abgewiesene Flüchtlinge vorkommen.

Die Gedenkfeierlichkeiten zum Ende des Faschismus in Europa haben immerhin bewirkt, dass der Anfang einer Auseinandersetzung mit dem Phänomen Antisemitismus auch in der Schweiz gemacht wurde. Der erste Schritt besteht darin, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, dass der Antisemitismus nicht ein „deutsches Problem“ ist; anzuerkennen ist, dass es auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen schweizerischen Antisemitismus gibt, der in seinen spezifischen Ausformungen erst noch zu beschreiben ist. Das Buch von Jacques Picard leistet dazu einen hervorragenden Beitrag.

Madeleine Dreyfus

Anmerkungen

- 1 Reichlin, Linus, 1994: Kriegsverbrecher Wipf Eugen, Zürich.
- 2 Weber, Charlotte, 1994: Gegen den Strom der Finsternis. Zürich.
- 3 Kamber, Peter, 1994: Schüsse auf die Befreier. Zürich
- 4 Friedländer, Saul, 1987: Die Shoa als Element in der Konstruktion israelischer Erinnerung. In: Babylon, Nr. 2, Frankfurt/M.
- 5 Von: Bonjour, Edgar, 1971: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Bd. IV, 1939-1945, Basel, bis zu Heiniger, Markus, 1989: Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde. Zürich.
- 6 Häslar, Alfred A., 1967/1992: Das Boot ist voll. Zürich.
- 7 Keller, Stefan, 1993: Grüningers Fall. Zürich.

Weitere Literaturhinweise

- Aly, Götz, 1995: ‚Endlösung‘, Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. S. Fischer Frankfurt.
- d'Aubert, François, 1994: *Main basse sur l'Europe. Enquête sur les dérives de Bruxelles*. Plon Paris.
- Bade, Klaus J. (Hg.), 1994: *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*. Verl. Beck München.
- Basso Sekretariat/Berlin, (Hg.), 1995: *Festung Europa auf der Anklagebank. Dokumentation des Basso-Tribunals zum Asylrecht in Europa*. Westfälisches Dampfboot Münster.
- Bullens, Hendrik et al. (Hg.), 1995: *Kerneuropa – Keim zur Weltmacht*. isw Report Nr. 23, Sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, G.-Wopfner-Str. 46, D-80939 München.
- Buttervegge, Christoph/Jäger, Siegfried (Hg.), 1993: *Europa gegen den Rest der Welt?* Bund-Verlag Köln.
- Caritas Schweiz, 1995: *Migrationspolitik heute und morgen*. Positionspapier 3, Luzern.
- Dieckmann, Christoph/Kahrs, Horst (Hg.), 1993: *Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung u. Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa*. Schwarze Risse Berlin.
- Dussel, Enrique, 1994: *Europa, Moderne und Eurozentrismus*. In: Buhr, Manfred (Hg.): *Das geistige Erbe Europas*. Istituto Italiano per gli Studi Filosofici. Vivarium s.r.l., Napoli.
- Elsässer, Jürgen et al. (Hg.), 1994: *Krisenherd Europa. Nationalismus, Regionalismus, Krieg*. Verl. Die Werkstatt, Göttingen.
- Europäisches Bürgerforum, 1994: *Ohne Soldaten keinen Krieg. Kampagne f. Deserteure*. Pf. 4004, Basel.
- Hall, Stuart, 1994: *Rassismus und kulturelle Identität*. Ausgew. Schriften 2, Argument Sonderband 226, Hamburg.
- Hartmann, Hans/Horvath, Franz, 1995: *Zivilgesellschaft von rechts. Die (unheimliche) Erfolgsstory der Zürcher SVP, Realotopia* Zürich.
- Hermann, Peter (Hg.), 1995: *Europäische Integration und Politik der Armutsprogramme*. Schäuble Verl. Rheinfelden/Berlin.
- Kleger, Heinz/Müller, Alois, 1995: *Nationale und europäische Zivilreligion*. In: Münkler, H. (Hg.): *Bürgerschaft und Bürgertugend. Die vorpolitischen Grundlagen politischer Ordnungen*. Nomos Baden-Baden.
- König, Johann-G., 1994: *Wem nutzt Europa? Banken & Konzerne. Fit für den Weltmarkt. Wer behält Geld und Arbeit in Deutschland?* Verl. Kellner Hamburg.
- Plehwe, Dieter (Hg.), 1995: *Volk ohne Menschenrechte? Lage und Perspektiven der Kurdinnen und Kurden in Kurdistan, der Türkei und Deutschland*. Wissenschaft u. Frieden, Bd. 21, BdWi Marburg.
- Pieber, Margrit (Hg.), 1994: *Europa – Zukunft eines Kontinents. Friedenspolitik oder Rückfall in die Barbarei*. Frieden Heft 8, agenda Verl. Münster.
- Saña, Heleno, 1993: *Die Lüge Europa. Ein Kontinent bangt um seine Zukunft*. Hamburg.
- Sancar-Flückiger, Annemarie, 1995: *Ethnische Grenzen – Politische Wirksamkeit. ZwangsmigrantInnen aus der Türkei im schweiz. Exil*. P. Lang Verl. Bern.
- Senghaas, Dieter (Hg.), 1995: *Den Frieden denken*. Suhrkamp Frankfurt.
- Thomasberger, Claus (Hg.), 1995: *Europäische Geldpolitik zwischen Marktzwang und neuen institutionellen Regelungen*. Metropolis Verl. Marburg.
- Transit, Heft 7, 1994: *Macht Raum Europa*. Neue Kritik Frankfurt.
- Tüte-Redaktion (Hg.), 1994: *Wem gehört Europa? Zur Dialektik der Modernisierung*. Mit Beiträgen von A. Heller, C. Castoriadis, A. Gorz, A. Touraine u.a.m. Talheimer Verl. Mössingen-Talheim.
- Voss, Eckhard (Hg.), 1994: *Kultur der Abschreckung. Europa zwischen Rassismus im Innern und Abschottung nach aussen*. Konkret Lit. Hamburg.
- Wolf, Winfried et al. (Hg.), 1994: *Festung Europa. Von den Freiheiten des Kapitals im EU-Supermarkt und weltweit*. ISP Verl. Köln.